

Betriebsräte-Zeitschrift

für Funktionäre der Metallindustrie

Das sozialpolitische Programm der Eisenindustrie

Mendelsohn (Berlin)

„Es ist gut, jetzt schon bei jeder Gelegenheit zu betonen, daß auch bei der nächsten Lohnregelung, mag die Wirtschaftslage sein, wie sie will, eine allgemeine Lohnerhöhung nicht gegeben werden kann, daß aber bei schlechter Wirtschaftslage unbedingt zu einem Abbau der Löhne geschritten werden muß.“ (Direktor Raabe in dem sozialpolitischen Referat auf der Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute.*)

Zu diesem Ausspruch, den wir gleichsam als Motto voranstellen könnten, ist die Stellungnahme der Schwerindustrie, wie sie erneut auf der Tagung der Eisenhüttenleute zum Ausdruck kam, vollkommen enthalten. Jahraus jahrein hat die Arbeiterschaft der eisenschaffenden Industrie im Interesse des Wiederaufbaues der deutschen Eisenwirtschaft die schwersten Opfer gebracht und erst unlängst unter Hintanstellung ihrer eigenen Interessen eine Lohnregelung mit 1³/₄ jähriger Laufzeit in Kauf genommen, von der der Referent der Schwerindustrie auf der Eisenhüttenagung mit größter Offenheit zugibt, „daß sie den Arbeitern auch geldlich bei weitem nicht das brachte, was ihnen der Spruch des Schlichters gegeben hatte“. Nach alledem erklärt das Unternehmertum: Wir werden auch in Zukunft, auch wenn die Konjunktur noch so gut sein sollte, keinen Pfennig Lohnerhöhung geben, keinerlei Kürzung der Arbeitszeit bewilligen; sollte aber die Wirtschaftslage schlecht sein, dann werden wir unter allen Umständen die Löhne abbauen. Um diese Lohnpolitik durchzuführen, wollen wir durch „Querverbindungen“ zur weiterverarbeitenden Industrie eine von uns geleitete Einheitsfront gegen die Arbeiterschaft bilden. Das ist eine unmißverständliche Kampfansage. Nun gehören zwar Drohungen der Industrie auf lohn- und sozialpolitischem Gebiete zur Tagesordnung jeder Unternehmertagung, so daß sie im allgemeinen auf die Öffentlichkeit keinen sehr großen Eindruck mehr ausüben. Aber die sozialpolitischen Ausführungen auf der Tagung der Eisenindustrie, wenige Monate nach einer allseitig aufs schärfste verurteilten Aussperrung, zeigen ein Maß von Hochmut und Brutalität gegenüber der Arbeitnehmerschaft und von Mißachtung gegenüber dem Staat, wie man es doch nicht erwarten konnte. Offenbar betrachtet die Schwerindustrie das staatliche Eingreifen im Ruhrkonflikt, das notwendig wurde, um die Gesamtheit vor unabsehbaren schweren Schädigungen zu bewahren, als eine vollständige Kapitulation vor der Schwerindustrie. Diesen Eindruck muß man jedenfalls aus dem Referat von Direktor Raabe gewinnen. Ganz offen gibt dieser zu, daß die Aus-

* Der Vortrag „Arbeitszeit und Arbeitslohn“ ist abgedruckt in „Stahl und Eisen“, Jahrgang 1929, Heft 18 vom 2. Mai 1929.

Spernung nicht etwa wegen der juristischen Unsechtbarkeit des Fötterschen Schiedsspruches erfolgte; „ein rechtlich unanfechtbarer, verbindlich erklärter Schiedsspruch hätte den Arbeitskampf auch nicht verhindert, er wäre voraussichtlich sogar in diesem Falle in schärferer Form geführt worden“. Die Regierung hätte nun, so geht es in den Ausführungen weiter, nachdem ein verbindlich erklärter Schiedsspruch vorlag, den Standpunkt einnehmen müssen, der Schiedsspruch muß, auch wenn er rechtlich angegriffen wird, wegen seiner Verbindlichkeit durchgeführt werden; statt dessen hat die Regierung das Schlichtungsverfahren selbst auf die Seite geschoben. Die Motive, aus denen die Regierung sich zu diesem Vorgehen entschloß, werden überhaupt nicht gewürdigt. Die Schwerindustrie irrt, wenn sie glaubt, daß durch den Ruhrkonflikt das Schlichtungssystem so stark unterminiert sei, daß die Arbeitgeber die Lahmlegung der Schlichtung, wie sie ihnen nach den Reformvorschlägen der von der Schwerindustrie inspirierten Deutschen Arbeitgebervereinigung vorschwebt, erreichen können.

Aus dieser kurz skizzierten Stellungnahme der Schwerindustrie zum Ruhrkonflikt geht schon hervor, daß die Eisenherren trotz der einmütigen Verurteilung ihres Vorgehens durch die gesamte Öffentlichkeit nichts gelernt haben. Auch nicht eine Spur von Verständnis ist in diesen Kreisen für das verantwortungsvolle Eingreifen des Staates im Ruhrkonflikt vorhanden, das man vielmehr lediglich als Schwäche betrachtet. Nicht der geringste Verständniswille auf sozialpolitischem Gebiete, sondern eine gegen früher eher verschärfte als gemilderte Kampfanfrage gegen Gewerkschaften und Staat. Von dieser Grundeinstellung rücksichtslosester sozialpolitischer Reaktion sind auch die sachlichen Ausführungen zur Arbeitszeit- und Arbeitslohnfrage in der Eisenindustrie getragen. Die Wiedereinführung der dreigeteilten Schicht in einzelnen gesundheitsgefährlichen Betrieben der Hüttenwerke wird schmerzlich bedauert. Schuld an der Durchführung des sanitären Achtstundentages sind nach Auffassung des schwerindustriellen Wortführers die Unternehmer selbst wegen ihrer Lauheit in der Arbeitszeitfrage.

„Wären die Arbeitgeber Deutschlands einmütig mit der Nordwestlichen Gruppe am 1. Januar 1924 zur Arbeitszeit vor dem Kriege zurückgekehrt, dann hätten sich diese Vollmachten (gemeint ist die Arbeitszeitverordnung über den sanitären Achtstundentag; v. Neb.) in der Folgezeit wahrscheinlich nicht so verheerend (?) ausgewirkt. Es ist jedoch eine traurige Tatsache, daß nur 30 bis 40 vH der Arbeitgeber die zweigeteilte Schicht durchführten. Bei der Gewohnheit der Arbeiter, stets nach dem Nebenmann zu spielen, nach dessen Arbeitszeit und dessen Lohnhöhe, ist es nicht verwunderlich, daß es den Gewerkschaften durch das Verhalten der Arbeitgeber leicht gemacht wurde, die verkürzte Arbeitszeit bald wieder teilweise durchzusetzen.“

Bei einer solchen Verdrehung der Tatsachen, wie sie hier geschieht, ist es doch wohl gut, den wirklichen Verlauf sich ins Gedächtnis zurückzurufen. Die Arbeiterschaft hat nach der Liquidierung des passiven Widerstandes und nach der Stabilisierung im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufbaues das schwere Opfer verlängerter Arbeitszeit auf sich genommen. Damals hat die Schwerindustrie erklärt, daß sie mit der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse schrittweise wieder zum Achtstundentag zurückkehren werde. Dieses

Bersprechen hat die Schwerindustrie, wie so viele frühere, nicht bloß nicht gehalten, sondern der Wiedereinführung verkürzter Arbeitszeit in den gesundheitsgefährlichen Betrieben auf Grund gesetzlicher Anordnung die größten Schwierigkeiten und sogar offenen Widerstand entgegengesetzt. Die Arbeiterschaft hat sich so eine erträgliche Arbeitszeit in den Stahl- und Walzwerken, wie sie in anderen Kulturländern schon längst besteht, erst im schwersten sozialen Kampfe erringen müssen. Den Lohnausfall infolge der kürzeren Arbeitszeit mußte sie zum großen Teile selbst tragen. Auch heute ist die Arbeitszeitregelung — die Verbesserung der Arbeitszeit durch den Seberingschen Schiedsspruch war noch viel zu unvollständig — noch völlig unbefriedigend, und die Schwerindustrie irrt, wenn sie meint, daß die Arbeitszeitregelung bei den künftigen Auseinandersetzungen keine große Rolle mehr spielen wird. Die Arbeiterschaft verlangt für den gesamten Bereich der Eisenindustrie und nicht nur für einige besonders gesundheitschädliche Arbeitsvorgänge eine Verkürzung der Arbeitszeit, durch die an Stelle des bisherigen Raubbaues eine vernünftige Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft gewährleistet wird.

Auch in der Lohnfrage treten neue Gesichtspunkte nicht hervor. Wie immer bei lohnpolitischen Debatten in der Eisenindustrie wird auf die niedrigen Löhne in den westlichen Ländern hingewiesen, ohne daß wirklich substantiierte Angaben über die effektiven Lohnverdienste und die Lohnkosten pro Produktionseinheit in den Konkurrenzländern gegeben werden. Es wird die Behauptung aufgestellt, daß die Lohnkosten der westlichen Länder pro Tonne Walzwerkfertigerzeugnis um zirka 15 Mk. unter dem deutschen Lohnaufwand liegen. Diese Behauptung wird jedoch durch keinerlei nachprüfbare Selbstkostenberechnung belegt und erscheint uns unglaublich. Nun soll auch von uns gar nicht bestritten werden, daß die westlichen Eisländer infolge ihrer billigen Erzversorgung und niedrigen Löhne, dem allerdings höhere Kosten der Koksbeschaffung und ein geringeres Ausbringen der Hochofen als in Deutschland gegenüberstehen, mit insgesamt geringeren Produktionskosten arbeiten als die deutsche Industrie. Wogegen wir uns wehren, das ist die maßlose Übertreibung dieser an sich bestehenden Produktionskostendifferenzen, die keinesfalls die riesige Spanne zwischen deutschen Inlands- und Auslandspreisen rechtfertigen. Deutschland hat nicht nur den teuersten Roheisenpreis der Welt und um 10 bis 15 vH teurere Walzeisenpreise als die westlichen Länder, sondern auch teurere Verbraucherpreise für Stabeisen und andere Walzwerksprodukte als England, dessen Eisenindustrie bedeutend höhere Löhne zahlt als die deutsche. Solange die Schwerindustrie bei ihren internationalen Selbstkostenvergleichen nur immer Behauptungen aufstellt, diese aber mit keinerlei nachprüfbaren Materialien belegt, haben diese Angaben für uns keinerlei Beweiskraft.

Es wird dann noch die Frage des Lohnanteils in der Eisenindustrie angeschnitten und hierbei über die angebliche Unkenntnis der Gewerkschaftskreise in schärfstem Ton hergezogen. Dem schwerindustriellen Wortführer erscheint es „unverständlich, wie man in Gewerkschafts- und geistesverwandten Kreisen von einem geringen Lohnanteil in der Eisenindustrie reden kann“. Offenbar richtet sich diese Polemik in erster Reihe gegen die Berechnungen

der christlichen Gewerkschaften, die auch Stegerwald bei der Aussperrungsdebatte im Reichstag vorgetragen hat. Diese Berechnungen waren insofern unvollständig, als nur der Lohnaufwand für den einzelnen Produktionsvorgang (Roheisen-, Stahl-, Halbzeug-, Walzwarenproduktion) errechnet worden war, während es zur Beurteilung der Höhe der Lohnquote darauf ankommt, den gesamten für die Endprodukte geleisteten Lohnaufwand und nicht nur den Lohnaufwand für den einzelnen Arbeitsvorgang festzustellen. Raabe stützt sich nun bei seinen Angaben über den Lohnaufwand in der Eisenindustrie — er beziffert den Lohnaufwand pro Tonne Fertigerzeugnis auf 37 bis 40 M. bei einem Gesamtproduktionswert von durchschnittlich 140 M. pro Tonne — auf Berechnungen, die Dr. Reichert angestellt hat*. Diese Berechnung benutzt jedoch nur die amtliche Produktionsstatistik der Jahre 1924 bis 1926 und läßt die ganz wesentliche weitere Steigerung der Arbeitsleistung in den beiden letzten Jahren unberücksichtigt. Auch werden die bei der Eisenproduktion mit erzeugten Neben- und Abfallprodukte, die einen ganz bedeutenden Wert repräsentieren, nicht mitberücksichtigt. Es kann an dieser Stelle nicht auf die komplizierten Berechnungen des Lohnanteils in der Eisenindustrie, deren Behandlung einen besonderen Aufsatz beanspruchen würde, eingegangen werden. Für die Industrie wäre es übrigens ein leichtes, wenn sie es wollte, diese Fragen zu klären; sie brauchte nur die Selbstkostenrechnungen der großen repräsentativen Werke offenlegen. Solange sie dies freilich nicht tut, ist die Öffentlichkeit auf die Auswertung der amtlichen Produktionsstatistik angewiesen. Unter Einbezug des Wertes der Neben- und Abfallprodukte erhält man für 1927 nach Ausschaltung der verbrauchten Zwischenprodukte einen Lohnanteil in Höhe von zirka 20 vH des Absatzwertes der Grobeisenerzeugnisse und seitens der freien Gewerkschaften ist auch immer bei den Diskussionen der letzten Zeit mit dieser Lohnquote gerechnet worden. Wenn man auf Grund dieses durchschnittlichen Lohnanteils davon sprach, daß die Lohnquote in der Eisenindustrie relativ gering ist, so geschah es mit gutem Recht; vergleichsweise ist der Lohnaufwand in der Eisenindustrie bedeutend geringer als in zahlreichen anderen Industrien. So beträgt die Lohnquote im Bergbau und in zahlreichen Fertigungsindustrien mehr als 50 vH, im Maschinenbau mindestens 40 vH des Produktionswertes.

Die Schwerindustrie hat es nun verstanden, die Öffentlichkeit mit falschen Angaben über Selbstkostensteigerungen infolge der Schiedsprüche irreführen und ihre willkürlichen Preiserhöhungen auf angeblich gesteigerten Lohnaufwand zurückzuführen. So hat die Schwerindustrie zum Beispiel Anfang 1928 die Preiserhöhungen für die Walzwerksprodukte um zirka 3 vH damit begründet, daß infolge der Wiedereinführung des Dreischichtensystems umfangreiche Neueinstellungen notwendig würden. Die Schwerindustrie behauptete, zirka 19 000 neue Arbeitskräfte einstellen zu müssen, während in Wirklichkeit nachweislich bei unverändert hohem Produktionsstand nur in geringfügigem Umfang Neueinstellungen notwendig wurden. Es muß auch hier nochmals wiederholt werden, daß die Aus-

* „Die Löhne in der deutschen eisen-schaffenden Industrie“, „Stahl und Eisen“, 49. Jahrgang, Heft 7 vom 14. Februar 1929.

wirkungen des Jüttenschen Schiedspruches von der Schwerindustrie phantastisch übertrieben worden sind. Bei Durchführung dieses Schiedspruches in der ursprünglich vorliegenden Form hätte sich die Selbstkostensteigerung in der Eisenindustrie unter 1 vH gehalten. Dabei darf man ferner nicht vergessen, daß die Rationalisierungsbewegung ja noch immer weiter fortschreitet und auch diese Lohnerhöhung wie die vorangegangene durch eine Erhöhung der Arbeitsleistung vermutlich rasch Ausgleich gefunden hätte. Da die amtliche Produktionsstatistik für die Eisenindustrie bisher nur bis zum Jahre 1927 vorliegt, lassen sich leider für die letzte Zeit noch keine exakten Angaben machen; aber auch schon die Zahlen bis 1927 zeigen die enorme Steigerung der Arbeitsleistung und einen bedeutenden Rückgang des Lohnaufwandes pro Produktionseinheit trotz der inzwischen eingetretenen Aufbesserung der Löhne.

Arbeitsleistung und Lohnaufwand in der Eisenindustrie Rheinland-Westfalens

Jahr	Hochöfenwerke	Flußstahlwerke	Walzwerke
	Jährliche Arbeitsleistung pro Kopf der Belegschaft in Tonnen		
	Roheisen	Rohstahl	Walzwerkserzeugnisse
1913	457	412	130
1925	472	372	126
1926	543	553	150
1927	609	607	168
	Lohnaufwand in Mark per Tonne		
	Roheisen	Rohstahl	Walzwerkserzeugnisse
1913	4,07	4,80	13,40
1925	5,71	6,90	19,56
1926	5,24	4,78	17,—
1927	4,48	4,86	16,89

Die Produktivität in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie lag 1925 bei der Roheisen- und Walzwerkserzeugung etwa auf dem Vorkriegsniveau, bei der Stahlgewinnung blieb sie noch um zirka 10 vH zurück. Im Jahre 1927 lag die Arbeitsleistung im Stahlwerk bereits um fast 50 vH, im Hochöfen und Walzwerk um mehr als 30 vH über dem Vorkriegsstand. Der Lohnaufwand für die Produktionseinheit hat sich seit 1925 ständig verringert. Die Lohnkosten für die Tonne Rohstahl sind trotz der in der Nachkriegszeit eingetretenen Geldentwertung nominell kaum höher als im Jahre 1913.

An diesen großen Rationalisierungserfolgen läßt nun die Eisenindustrie weder die verbrauchenden Industrien noch die Arbeiterschaft teilnehmen. Nun muß aber schon mit Rücksicht auf die Arbeiter in den Werksgemeinschaften doch irgend etwas für die Arbeiter geschehen, und so meint denn die Schwerindustrie, „die Lage der Arbeiter müßte unter Wahrung der Belange der Allgemeinheit durch Erhöhung der Kaufkraft verbessert werden, und zwar durch Herunterdrückung der etwaigen hohen Spanne zwischen Erzeuger- und Verkaufspreis auf dem Lebensmittelmarkt“. Wir haben oft genug auf die großen Schädigungen der Verbraucherschaft durch die Übersezung des Handels und die zu hohe Handelspanne, die übrigens nicht bloß bei den Lebensmitteln, sondern auch bei den meisten industriellen Konsumgütern bestehen, hingewiesen. Wir haben auch oft genug verlangt, daß staatliche

Maßnahmen ergriffen werden, um diese viel zu hohe Handelsspanne zu verringern, um das Realeinkommen der Massen auch von der Preisseite zu steigern. Eine Industriegruppe freilich, wie die Eisenindustrie, die rücksichtslos ihre Monopolstellung ausnutzt und alles weniger als ein Vorbild für maßvolle Preisstellung gelten kann, sollte freilich nicht Empörung über den Handelswucher heucheln und den Arbeitern den guten Ratsschlag geben, sie könnte doch durch Preisabbau viel leichter ihr Einkommen erhöhen als durch Lohnerhöhungen.

Wie will nun die Schwerindustrie ihren unerfüllbaren, ziemlich frühzeitig bekanntgegebenen Entschluß, auch nach Ablauf der jetzigen Lohnregelung am 1. Oktober 1930 keinerlei Lohnaufbesserung, keinerlei Arbeitszeitkürzung zu bewilligen, im Falle schlechter Konjunktur sogar zu einem Lohnabbau zu schreiten, verwirklichen? Nun, die Eisenindustriellen handeln als echte Pazifisten nach dem Spruch: „Wer den Frieden will, muß sich zum Kampf rüsten.“ Die ganze weiterverarbeitende Industrie mit ihren insgesamt 800 000 Mitgliedsunternehmungen soll sich mit ihr zu einer antisozialen Allianz zusammenschließen. Nicht bloß die schon im Schlepptau befindlichen Industriegruppen der eisenverarbeitenden Industrie, die freilich vergeblich auf die Einlösung der Versprechungen der Eisenindustrie: vorherige Fühlungnahme bei Preisbeschlüssen, Angleichung der Inlands- an die Auslandspreise — wartet, sondern auch die Textilindustrie, die Chemie und andere Produktionszweige sollen schon jetzt in den reaktionären Block hinein, damit die Schwerindustrie jede soziale Verbesserung der Eisenarbeiter verhindern kann. Die Befahrungsgemeinschaft der Gruppe Nordwest, in die jeder Arbeitgeber der Metallindustrie monatlich 5 Mk. pro Kopf der Belegschaft, das sind zirka $2\frac{1}{2}$ vH des Lohnes, einzahlt, schafft es offenbar allein nicht, deswegen sollen die „Querverbindungen“ zu den anderen Industriegruppen hergestellt werden. Die Aussperrung von 200 000 Arbeitern war noch nicht groß genug angelegt. Es sollen vielmehr „in kürzeren Abständen immer größere Kampfgebiete geschaffen werden“.

Der Appell der Eisenherren an die Gesamtindustrie, sich unter ihrer Führung zu einer Einheitsfront gegen Gewerkschaften und Staat zu sammeln, wird wohl erfolglos verhallen. In den Kreisen der verarbeitenden Industrie wird man mit diesen Wirtschaftsführern, deren Endziel die politische Diktatur ist, nicht gemeinsame Sache machen; selbst die jetzigen Verbündeten der Schwerindustrie, die Eisenarbeiter, werden einmal, früher oder später, erkennen, daß ihnen die Unterwerfung unter das Preisdiktat der Eisenindustrie viel größere Nachteile bringt, als ihre „Erfolge“ im gemeinsamen Kampf gegen die Arbeiterschaft.

Die Ziele und Absichten der Eisenindustrie sind nach den programmatischen Erklärungen auf der Eisenhüttentagung jedenfalls unzweideutig klargelegt und die Öffentlichkeit weiß nunmehr, daß die Eisenindustrie schon jetzt, $1\frac{1}{2}$ Jahre vor der neuen Lohnregelung, einen neuen Kampf unter allen Umständen, sei die Wirtschaftslage gut oder schlecht, führen will. Staat und Gewerkschaften müssen auf diese neue Kraftprobe gerüstet sein. Der ungeheuren Stoßkraft und politischen und wirtschaftlichen Macht der Gruppe Nordwest müssen ebenso starke organisierte Kräfte der Arbeiterschaft gegen-

überstehen. Herr Raabe hat vielleicht an einer Stelle nicht daneben getroffen, als er davon sprach, daß die 70 vH Unorganisierten im Bezirk Nordwest im Herzen auf Seiten der Organisierten ständen, und daß man annehmen kann, daß sie nur die Vorteile der gewerkschaftlichen Organisation genießen wollen, ohne die Pflichten zu übernehmen. Nachdem das sozialpolitische Programm der Eisenindustriellen bekannt geworden ist und von dem Vertrauensmann des Zentrumsführers Klödner dargelegt wurde, wird es für diese bisher Unorganisierten kaum mehr einen Zweifel geben können, in welche gewerkschaftlichen Reihen sie gehören. Bei den Kämpfen der Gewerkschaften mit der Schwerindustrie geht es für die Gewerkschaften aber um mehr als um die soziale Hebung der Lage der Eisenarbeiter. Der Kampf ist zugleich eine Auseinandersetzung der gesamten Arbeiterklasse mit dem mächtigsten Unternehmertum, der sich gegen die rücksichtslose wirtschaftliche Ausbeutung und gegen die unerträgliche, politisch und sozial reaktionäre Nebenregierung der Schwerindustrie richtet.



Ein internationales Wirtschaftsprogramm

Lonh Sender (Berlin)

II.

In dem zweiten Teil des Programms, der die

Forderungen auf nationalem Gebiet

umreißt, wird mit Richtigkeit die Frage der Rationalisierung an die Spitze gestellt. Denn neben dem Phänomen der starken Kartellierung und Vertrustung ist dasjenige des raschen Tempos der technischen und organisatorischen Umstellung der Betriebe das auffallendste. Und es ist wichtig, zu einer einheitlichen Stellungnahme der Arbeiterschaft dazu zu gelangen. Hat doch dieser Prozeß der Rationalisierung die Struktur der Volkswirtschaft ungeheuer rasch verändert. Da man mit Rationalisierung oft verwechselt hat die Auswüchse der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft — die überall da, mit oder ohne Rationalisierung, möglich ist, wo keine fest organisierte klassenbewusste Arbeiterschaft vorhanden ist —, war einige Zeit ein Schwanken in der internationalen Arbeiterschaft über die notwendige klare Stellung zur Rationalisierungsfrage. Und doch braucht man sich nur über das Ziel des Kampfes der Arbeiterschaft völlig klar zu sein, um dieses Schwanken zu überwinden. Bezweckt doch der gewerkschaftliche Kampf die Erringung eines höheren Anteils am gesellschaftlichen Produkt, Ersparnis an Kapital, Arbeit und Zeit. Das Ziel der Rationalisierung ist nur dann erreicht, wenn bei gleichem Aufwand mehr produziert werden kann. Bei Verwirklichung dieses Zieles aber sind auch die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kampf der Gewerkschaften um einen höheren Anteil des Arbeiters am Sozialprodukt geschaffen. Gilt darum die Bejahung der Rationalisierung schon für die Durchsetzung der Gegenwartsforderungen des Proletariats, so in ebenso starkem Maße für die erfolgreiche Realisierung des sozialistischen Endzieles. Will die neue Gesellschaft, für die wir kämpfen, den arbeitenden Menschen

höheren Wohlstand und besseren Anteil an der Kultur gewährleisten, so ist unerlässliche Voraussetzung für die Realisierung dieses Hoffens ein intakter, auf höchste Verbollkommenung und Leistung gebrachter Produktionsapparat.

Ganz positiv sagt darum der Entwurf, daß die Gewerkschaften die planmäßige Entwicklung der Industrie, ihrer Organisation, Anlagen und technischen Methoden fördern sollen. Allerdings: Gleichzeitig sind die notwendigen Schutzmaßnahmen gegen die Ausbeutung der Arbeiter zu treffen und darauf hinzuwirken, daß die Steigerung des Lebensstandards Schritt hält mit der steigenden Produktion. Darum fordert der IGB:

1. Mitarbeit der Gewerkschaften bei der Vorbereitung und Durchführung der Rationalisierungsmaßnahmen. (Wenn der deutsche Arbeiter seine Rechte wahrzunehmen weiß, so ist ihm diese Mitarbeit bereits gesichert, da das Betriebsrätegesetz sie ihm ausdrücklich einräumt.)
2. Planmäßige Überführung der durch die Rationalisierung freierwerdenden Arbeitskräfte in andere Industriezweige.
3. Falls dies nicht möglich ist, soll zeitlich unbegrenzt die Arbeitslosenunterstützung gewährt werden. (Prinzipiell legt die deutsche Reichsverfassung diesen Anspruch fest; allein die Kämpfe der letzten Wochen zeigen, daß auch Verfassungsbestimmungen nur dann Leben erhalten, wenn eine starke, unwiderstehliche Kraft der Gewerkschaften dahinter steht.)
4. Bei der Durchführung der Rationalisierung soll die Sicherheit und Gesundheit der Arbeiter in weitestgehendem Maße geschützt werden.
5. Den Arbeitern soll bei der Rationalisierung durch folgende Mittel und unter Berücksichtigung der Interessen der Allgemeinheit ein gerechter Anteil der dadurch erzielten Vorteile zugute kommen: Herabsetzung der Verkaufspreise, Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit (Ferien inbegriffen).

Es ist gar kein Zweifel, daß erst die Durchführung der unter 5 aufgeführten Forderungen der Rationalisierung ihren Sinn gibt. Aber Vernunft pflegt sich nicht als selbstverständlich durchzusetzen. Das haben am deutlichsten die deutschen Erfahrungen gezeigt. Denn hier hat die weitgehend durchgeführte Rationalisierung noch nicht zu der möglichen Preisherabsetzung geführt; das verhinderten unter dem Schutz der Zollmauern die Kartelle und Syndikate. So kommt es, daß die Produktionskapazität bei weitem nicht ausgenutzt wird und dadurch die Rationalisierung nicht die erwünschten volkswirtschaftlichen Früchte bringen konnte. So sehr mit Recht in dem ersten Abschnitt des Programms die Förderung des internationalen Güterausstausches verlangt wurde, so muß man sich dennoch darüber klar sein, daß die Ausnutzung eines modernen Industrieapparates stets die Hauptbasis im Verbrauch des eigenen Landes haben muß. Der gesündeste Weg zur Erweiterung der Betriebsausnutzung ist daher die Kaufkraftsteigerung der eigenen Bevölkerung, in erster Linie durch Preisherabsetzung; das Mißverhältnis zwischen Produktionskapazität und Absatz hat in den letzten Jahren die Spannungen außerordentlich vermehrt. Aus diesen wirtschaftlichen Spannungen steigen daher wiederum die Konfliktgefahren heraus. Daraus erhellt, wie unentbehrlich für den Frieden der Welt die parallele Erstarbung der Arbeiterorganisationen in allen industriellen Staaten, die Gleichheit ihrer Forderungen und Ziele ist. Nicht nur aus Klassenegoismus muß darum

die Vermehrung der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung und die Herstellung würdiger Arbeitsbedingungen mit Verkürzung der Arbeitszeit gefordert werden, sondern in der Verwirklichung dieses Verlangens liegt auch der Keim zur Überwindung der wesentlichen Ursachen der Spannungen zwischen den Nationen.

Etwas unorganisch fließt das Programm als weitere Forderung die

Überwachung der nationalen Währungs- und Kreditpolitik

unter Mitwirkung der Gewerkschaften ein; es verzichtet indessen darauf, diese Forderung näher zu präzisieren. Mit dieser lapidaren Formulierung ist in der gewerkschaftlichen und politischen Praxis gar nichts anzufangen. Will man ernstlich Übereinstimmung in der internationalen gewerkschaftlichen Taktik erzielen, dann darf es in der Zukunft nicht mehr Beschlüsse und Programme geben, in denen Abschnitte erst dann einen Sinn bekommen, wenn etwas hineininterpretiert wird. Programme von Arbeiterorganisationen müssen jedem normal Denkenden verständlich sein. Ist über eine Frage aber noch nicht genügend Klarheit und Übereinstimmung erreicht, dann verzichte man lieber darauf, durch vage Formulierungen diese mangelnde Klärung zu bemänteln.

Einen erfreulichen Fortschritt hingegen stellt es dar, wenn nunmehr Übereinstimmung erzielt werden konnte darüber, daß es im Interesse der Arbeiterklasse und ihrer Zukunftsziele gelegen ist, die

Förderung der öffentlichen Wirtschaft

sich zur Aufgabe zu machen. Vor dem Kriege war noch eine rege Diskussion in der Arbeiterbewegung darüber, ob man Betriebe der öffentlichen Hand fördern solle oder nicht. Hier hat auch die praktische Entwicklung geholfen, die Antwort zu finden. Besonders in Deutschland sind im letzten Jahrzehnt die privattypischen Zusammenballungen außerordentlich vermehrt worden; es drohte die Gefahr — und sie ist noch keineswegs überwunden —, daß diese privaten Trust- und Kartellgebilde sich immer stärkeren Einfluß auf Politik und Staat zu sichern verstehen. Dagegen mußte ein Gegengewicht geschaffen werden, um nicht die Wirtschaft zur Beherrscherin des Staates werden zu lassen, sondern dem Staat immer stärkeren Einfluß auf die Wirtschaft einzuräumen. Die Basis politischen Einflusses aber ist wirtschaftliche Macht. Das gilt auch für den Staat selbst. Darum besteht heute in jenen Arbeiterkreisen, die die Gesetze der Zeit und des gesellschaftlichen Wandens begriffen haben, Übereinstimmung darüber, daß nicht nur die öffentlichen Unternehmungen ausgebaut werden müssen, sondern auch auf weitere Gebiete auszudehnen sind.

Man braucht ja hier nur auf einen Vorgang zu verweisen, der am hellsten die Situation beleuchtet: Der Kampf der Ruhrgebietsstädte um die Ferngasversorgung weitester Gebiete. Mit Recht wehren sich fortschrittlich geleitete Städte dagegen, auf diese Weise völlig unter die Botmäßigkeit einer starken Unternehmerrgruppe gebracht zu werden, von deren Willkür man schon ausreichende Proben geliefert bekam. Diese Stadtverwaltungen bemühen sich daher, im Interesse ihrer Bewohner sich von diesem Diktat durch die Er-

richtung eigener Anlagen freizumachen und regionale Zusammenarbeit mit weiteren öffentlichen Körperschaften herbeizuführen. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die Arbeiterschaft diesen letzteren Weg fördern muß.

Und sie wird ihn, wie in der Vergangenheit, so auch ferner weiter fördern durch

eigene Wirtschaftsbetriebe der Arbeiterschaft.

Dabei ist nicht nur an die Entwicklung der Eigenbetriebe der Konsumgenossenschaften gedacht, sondern auch an den Aufbau von gewerkschaftlichen Eigenbetrieben. Wenn das Programm den Zweck dieser Unternehmungen dahin umreißt, „um die Arbeiten und Kämpfe der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu unterstützen“, so erscheint uns dies als eine falsche Formulierung. Eigenbetriebe der Gewerkschaften werden kaum zur Unterstützung internationaler Gewerkschaftskämpfe in bedeutendem Maße dienen, aber sie haben im Rahmen der bestehenden Wirtschaft eine wichtige Pionieraufgabe; nicht nur, daß sie kollektivistische Formen hineintreiben in die privatwirtschaftliche Welt, schulen sie auch die Kräfte, deren die werdende sozialistische Gesellschaft zu ihrem Aufbau nicht entraten kann.

Eine stärkere Durchleuchtung der Wirtschaft ist in den letzten Jahren immer stürmischer verlangt worden. Man empfindet heute stärker die Anarchie des bestehenden Systems, das Verlangen nach Planmäßigkeit und Ordnung ist nicht mehr zurückzudrängen. Der IOB greift dieses Verlangen auf und fordert

Publizität und Überwachung der privaten Wirtschaft.

Darum sollen in erster Linie Angaben über Beschäftigte, Produktion, Absatz, Löhne und Gehälter, Soziallasten und Rentabilität veröffentlicht werden. Dazu tritt der Ausbau einer umfassenden amtlichen Produktionsstatistik. Es ist nicht zu leugnen, daß eine klare Erfassung all dieser Daten eine sehr erwünschte Vorbereitung einer planmäßigen Wirtschaftsführung im Interesse der Gesamtheit wäre. Daß sie auch heute schon durchführbar ist, beweist das Beispiel Amerikas.

Besonders wichtig erscheint in diesem Zusammenhang die Überwachung der monopolistischen Unternehmungen unter angemessener Mitwirkung der Gewerkschaften. Denn solche nationalen Kartellkontrollen sind die Voraussetzung und die Grundlage einer internationalen Überwachung der Tätigkeit der Monopole.

Doch lehren uns gerade die Erfahrungen der letzten Monate, daß es eines ungeheuer harten Kampfes bedürfen wird, um etwas von diesen Forderungen durchzusetzen. Der derzeitige deutsche Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und sein Ministerium stehen diesen Fragen ablehnend gegenüber; dies zeigten sie nicht nur in der Verschleppung der sozialistischen Anregung auf Schaffung eines Kartellamtes und der Monopolkontrolle, sondern auch in der ablehnenden Beantwortung des Verlangens des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nach Einrichtung eines zentralen Bewirtschaftungskörpers für Eisen, ähnlich wie für Kohlen und Kali Einrichtungen bestehen. Natürlich wird uns diese Haltung nicht entmutigen, sie kann nur An-

sporn sein, unsere Kräfte zu verdoppeln, um auch diese Widerstände noch zu überwinden.

Wenn auch der größere Teil der Proletarier in der Industrie beschäftigt sind, so darf doch nicht übersehen werden, daß für die Gesamtlage der Wirtschaft das Gedeihen der Landwirtschaft ein ganz wesentlicher Bestandteil ist. Fast in allen Ländern, wenn auch in wechselnder Stärke, brachten die letzten Jahre wiederholt ernste Krisen in der landwirtschaftlichen Produktion. Krisen, denen man meist mit dem etwas rohen Mittel der Zölle oder mit dem meist ebenso unwirksamen der Subventionen zu begegnen versuchte. Bis jetzt ohne Erfolg. Diese Erfahrungen macht sich der IGB zunutze, wenn er die

Planmäßige Förderung der Landwirtschaft

im Zusammenhang mit der planmäßigen Förderung der landwirtschaftlichen Produktivität und der Lebenshaltung und Kaufkraft der Landbevölkerung zu erreichen strebt: Durch Verbesserung des Absatzes mittels genossenschaftlicher Zusammenfassungen, durch planmäßige Absatzorganisation unter Verringerung der Preisschwankungen und durch den Ausbau des landwirtschaftlichen Fachschulwesens. Da aber das Gesetz des Zusammenschlusses sich auch in der Landwirtschaft durchsetzen wird, so wäre es unseres Erachtens zweckmäßig, als ein weiteres Mittel die Schaffung staatlicher Monopole für dazu geeignete agrarische Standardprodukte gleichfalls ins Auge zu fassen. Leben wir doch in einer Periode, in der dem Bauer verständlich gemacht werden kann, daß er in dem Arbeiter keineswegs einen Gegner zu erblicken hat, sondern daß seine eigene Prosperität abhängt von der Sicherung des Daseins für die breite Masse seiner Abnehmer, der Arbeiterschaft!

Als letzter Absatz zu diesem Kapitel fügt der Entwurf einen Abschnitt über den inneren Markt ein, der aber nur an früherer Stelle Gefagtes über die Notwendigkeit einer Kaufkraftvermehrung im eigenen Lande wiederholt und darum als überflüssig wegfallen kann.

Als ein besonderes, und zwar als Schlußkapitel ist die

Beteiligung der Gewerkschaften an der Wirtschaftsführung

behandelt. Vorangestellt wird der Hinweis, daß internationale Konventionen und Übereinkommen nur dann Wert haben, wenn sie durchgeführt und praktisch auch eingehalten werden. Darum müsse eine starke öffentliche Meinung den notwendigen Druck auf die Regierungen ausüben; eine öffentliche Meinung, die durch die organisierte Arbeiterschaft und ihre Presse sehr wohl geschaffen werden kann. Indessen vermögen wir dem Entwurf nicht zu folgen, wenn er an dieser Stelle fortfährt:

„National ist deshalb wichtig, daß dort, wo ein nationaler Wirtschaftsrat noch nicht vorhanden ist, ein solcher unter Einschluß von Vertretern der Gewerkschaften gebildet wird. Dieser Rat soll eine planmäßige Wirtschaftspolitik durchführen, in bezug auf alle internationalen wirtschaftlichen Übereinkommen und Konventionen für die nötige Publizität sorgen und auf die Regierungen den nötigen Druck ausüben, damit solche Übereinkommen und Konventionen auch wirklich durchgeführt werden.“

Wir haben diesen Abschnitt mit Absicht im vollen Wortlaut gebracht, um das Illusionäre dieser Gedankengänge herauszustellen. Man braucht nichts

dagegen einzuwenden, daß solche, eventuell paritätischen Wirtschaftsräte errichtet werden. Notabene: Der Programmentwurf spricht nicht einmal von Parität, die ja an sich schon eine Zurücksetzung der Arbeiterschaft bedeutet, sondern nur vom „Einschluß von Vertretern der Gewerkschaften“. Schon dies eine rührende Bescheidenheit. Es will uns aber nicht recht in den Kopf, wie man von einer Körperschaft, die in starkem Maße auch von Unternehmervertretern gebildet wird, die Ausübung des vorher geforderten starken Drucks auf die öffentliche Meinung oder gar auf die Regierungen zur Durchführung des internationalen Arbeitsschutzes erwarten kann! Als wären es die Regierungen in abstraktum, die sich solcher Durchführung widersetzen! Der Vorgang, der sich in den letzten Wochen auf der Tagung des Internationalen Arbeitsamts in Genf abgespielt hat, zeigt doch deutlich die Zusammenhänge. War die konservative englische Regierung das Haupthemmnis für die internationale Durchführung des Washingtoner Abkommens, so gehörte es zu einer der ersten Taten der ans Ruder gelangten englischen Arbeiterpartei, ihren Vertretern in Genf neue Instruktionen zu geben und den Entschluß zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens nach Genf zu drahten. Die Unternehmer sind es, ob in einem „Wirtschaftsrat“ oder in der Regierung, die der Fortführung der internationalen Arbeitsgesetzgebung feindlich gegenüberstehen. Wie will man da mit ihnen gemeinsam die öffentliche Meinung bilden oder beeinflussen können zugunsten dieser internationalen Sozialgesetze? Diese Kinderkrankheiten und Illusionen dürften doch heute endgültig überwunden sein und darum haben solche Formulierungen in einem internationalen Wirtschaftsprogramm der klassenbewußten Arbeiterschaft nicht mehr zu erscheinen.

Wir wenden nichts ein gegen die weitere Forderung einer gleichberechtigten Vertretung der Gewerkschaften in allen öffentlichen Körperschaften, die der Beratung von Wirtschaftsfragen oder der Ausübung wirtschaftlicher Funktionen dienen. Denn es ist mit dem Gedanken der Demokratie schlechthin unvereinbar, daß die Regierungen und Verwaltungen in ganz einseitiger Weise in allen wirtschaftlichen und Verkehrsfragen sich nur von Unternehmerkammern beraten lassen. Entweder man läßt alle Teile der Wirtschaft — und zur Wirtschaft gehört in erster Linie die Arbeitnehmerschaft — mitwirken oder man entkleide die Unternehmerkammern ihres amtlichen Charakters! Das zu fordern, erheischt schon das Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse. Doch sind wir weit entfernt davon, uns etwa bei Erreichung der gleichberechtigten Mitwirkung in diesen Kammern großen Illusionen hinzugeben!

Uneingeschränkt aber unterschreiben wir den Schlußsatz des Entwurfes:

„Bei der Durchführung des oben dargelegten Programms ist die aktive Zusammenarbeit aller im IGB vereinten Gewerkschaftsbewegungen eine lebenswichtige Voraussetzung für den Weltfrieden und die wirtschaftliche Wohlfahrt der Arbeiter aller Länder.“

Das ist die große Mission der Arbeiterklasse und im besonderen unserer Generation. Möge eine rege Debatte dazu beitragen, ihr für die gute Erfüllung dieser Aufgabe einen klaren Wegweiser zu geben!

Vom Lohn der Saisonarbeiter

Julian Vorhardt (Berlin)

66 Mk. im Monat oder 14,67 Mk. die Woche, das ist die durchschnittliche Unterstützung, die die Arbeitslosen in Deutschland bekommen. Und an diesen geringen Betrag will man greifen, um das Loch in der Reichskasse zu stopfen. Daran dürfte in dem Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, kaum noch ein Zweifel sein. Nicht die 715 Millionen, welche die Ruhrindustriellen geschluckt haben, nicht die 1200 Millionen, die das Reich an private Unternehmer als Darlehen gegeben hat — oft auf Nimmerwiedersehen — nicht die 600 Millionen, die es den Besitzenden an Steuern gestundet hat, all diese ungeheuren Summen sind an der Ebbe der Reichsfinanzen nicht schuld, sondern ausgerechnet die 400 Millionen, die das Reich der Arbeitslosenversicherung geliehen hat! So will es kapitalistische Logik und „Moral“. Als wenn nicht jeder Pfennig, den die Arbeitslosen kriegen, nur einen winzigen Bruchteil dessen darstellt, was die Kapitalisten zuvor den Arbeitenden durch Ausbeutung abgenommen haben!

In seinem tieferen Sinn ist der Angriff auf die Arbeitslosen natürlich nur ein Spezialfall jener Verschärfung der Ausbeutung, ohne die der Kapitalismus nicht mehr leben kann. Ein besonders deutlicher Beweis dafür, daß ihm selbst die Groschen der Ärmsten unter seinen Opfern nicht heilig sind. Und somit ein Beweis dafür, wie totkrank er sich im tiefsten Innern fühlt. Da aber dieser innerste Antrieb ihres Tuns den Kapitalisten kaum zum Bewußtsein kommt und noch viel weniger den davon betroffenen Arbeitern, so ist es nötig, jedesmal den Scheingründen nachzugehen, womit die Kapitalisten sich und ihre Opfer zu beschönichtigen suchen. Sich und ihnen einzureden suchen, daß die jeweils ergriffene Maßregel unerläßlich sei und „dem allgemeinen Besten“ diene.

Unter diesen Scheingründen spielt gegenwärtig die Frage der Saisonarbeiter eine hervorstechende Rolle. Es ist, soweit sich im Augenblick übersehen läßt, der Punkt, wo der Angriff zuerst einsetzen soll. Was brauchen die Saisonarbeiter überhaupt Arbeitslosenunterstützung? Bei ihnen ist ja die Arbeitslosigkeit „berufsüblich“. Sie müssen im voraus damit rechnen, daß sie jedes Jahr ein paar Monate arbeitslos sind, und es ist deshalb ihre Pflicht, sich mit ihrem Lohn einzuteilen, daß er das ganze Jahr über reicht. Dafür bekommen sie ja auch mehr als die andern. So die Beweisführung, die man jetzt — wie das in solchen Zeiten üblich ist — zum Ueberdruß in allen bürgerlichen Organen aufgetischt bekommt, von der scharfmacherischen „Arbeitgeberzeitung“ bis zur linksdemokratischen Frankfurter Zeitung.

Wie ebenfalls bei solchen Gelegenheiten üblich, erweist sich, sobald man auf die Tatsachen eingeht, so ziemlich jede einzelne jener Behauptungen als falsch. Wichtig ist eigentlich nur, daß die Saisonarbeiter jedes Jahr mit monatelanger Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Aber selbst das unterscheidet sie heutzutage nicht mehr gar so sehr von den übrigen Arbeitern, weil ja dank der kapitalistischen Rationalisierung das gleiche

Schicksal allen Arbeitern droht. Wo ist heute noch der deutsche Arbeiter, der das ganze Jahr hindurch Beschäftigung findet? Betrug doch in den letzten fünf Wintern die allgemeine Arbeitslosigkeit:

1925	8,1	vH	der	Gewerkschaftsmitglieder	1928	11,4	vH	der	Gewerkschaftsmitglieder
1926	22,6	"	"	"	1929	19,4	"	"	"
1927	16,9	"	"	"					

Es sollte mich nicht wundern, wenn eines Tages ein besonders gescheiter Kapitalistensößling die gleiche Logik auf alle Arbeiter anwenden würde: Müssen sie nicht heutzutage alle auf längere Arbeitslosigkeit in jedem Jahr gefaßt sein, und folglich sich mit ihrem Lohn einteilen? Also fort mit jeder Arbeitslosenunterstützung! Die Logik wäre kaum verwegener, als die jetzt auf die Saisonarbeiter angewandte.

Sonst aber, wie gesagt, ist alles, was da über die Saisonarbeiter vorgebracht wird, schlechthin falsch. Unwahr ist es, daß „die“ Saisonarbeiter höhere Löhne kriegen als die anderen. Das gilt für die Bauarbeiter, aber sind das die einzigen? „Berufsüblich“ ist die Arbeitslosigkeit auch bei den Schneidern, die schon erheblich weniger kriegen als Maurer und Zimmerleute. „Berufsüblich“ ist sie auch bei den Gärtnern, den Erdarbeitern, den Ziegelmachern, den Torfgräbern, den Steinbrucharbeitern, den Landarbeitern usw. Darunter befinden sich, wie man sieht, eine ganze Reihe der elend bezahlten Berufsgruppen, und es ist eine geradezu infame Irreführung, wenn die „anständigen“ bürgerlichen Organe so tun, als wären alle Saisonarbeiter besonders hoch entlohnt.

Unwahr ist ferner die Behauptung, der Lohn der Saisonarbeiter sei so hoch, daß sie damit auch während der arbeitslosen Monate ausreichen könnten. Nehmen wir schon die Bauarbeiter, die den höchsten Lohn beziehen. Er beträgt gegenwärtig, im Frühjahr 1929, für gelernte Bauarbeiter rund 64 Mk., für ungelernete rund 53 Mk. die Woche. Das ist in der Tat viel mehr als der allgemeine Durchschnitt; denn der macht um dieselbe Zeit für die Gelernten noch nicht einmal 53, für die Ungelernten keine 42 Mk. aus. Aber wieviel ergibt das denn das Jahr über? Der allgemeine Durchschnitt beträgt für die Gelernten $50 \times 53 = 2650$ Mk., für die Ungelernten $50 \times 42 = 2100$ Mk. Bei den Saisonarbeitern aber können wir keine 50 Arbeitswochen rechnen. Die gegenwärtigen Kritiker der Arbeitslosenversicherung reden davon, daß vier Monate im Jahr als regelmäßige berufsübliche Erwerbslosigkeit angesehen werden müssen. (Während der Monate Dezember bis März sollen die Saisonarbeiter keine Unterstützung kriegen.) Das sind 17 Wochen. Folglich bekommen die Bauarbeiter ihren Lohn nur 35 Wochen im Jahr und erreichen somit nur ein Jahreseinkommen von $35 \times 64 = 2240$ Mk. die Gelernten und $35 \times 53 = 1855$ Mk. die Ungelernten. Selbst wenn wir nun annehmen wollten, daß die oben errechneten 2650 oder 2100 Mk. zum Lebensunterhalt das ganze Jahr über ausreichen, so ergibt sich doch, daß die Bauarbeiter, eben wegen ihrer „berufsüblichen“ Arbeitslosigkeit, bei weitem so viel nicht haben. Und das sind die weitaus am höchsten entlohten Saisonarbeiter! Ueberdies ist längst erwiesen, daß sogar 2600 Mk. zu wenig zum

Lebensunterhalt sind. Hat nicht voriges Jahr der Direktor des Berliner Statistischen Amtes festgestellt, daß zum allernotdürftigsten Lebensunterhalt einer Arbeiterfamilie (wenn nicht „Unterernährung und Verwahrlosung“ eintreten soll) 200 Mk. im Monat, also 2400 Mk. im Jahre gehören? Seitdem ist der Index schon wieder um 2 vH gestiegen; aus den 2400 Mk. sind also dieses Jahr 2450 Mk. geworden, und dabei fehlen Steuern und soziale Abgaben. Da nun der kapitalistische Staat zwar den Besitzenden 600 Millionen Mark, den Proleten aber nicht einen Pfennig Steuern zu Gunsten pflegt — sie werden ihnen vielmehr gleich bei der Lohnzahlung abgezogen — so müssen wir allermindestens noch 10 vH als unumgängliche Ausgaben drausschlagen und gelangen so zu 2700 Mk. Soviel braucht heutzutage der elendeste Proletarier, sonst fällt er mit Weib und Kindern „der Unterernährung und Verwahrlosung“ anheim. Das sind harte Tatsachen, wovon die Maus keinen Faden abbeißt. Und das ist immer noch etwas mehr, als selbst bei günstigster Rechnung der gelernte Arbeiter in 50 Wochen erreichen kann. Der Bauarbeiter dagegen, eben weil bei ihm die Arbeitslosigkeit „berufsüblich“ ist, bleibt weit dahinter zurück. Um wieviel weiter all die anderen Saisonarbeiter, die sehr viel kleinere Löhne kriegen!

Und doch ist dies alles noch nicht die schlimmste Zurechnung, deren sich jene schuldig machen, die von der angeblich höheren Entlohnung der Saisonarbeiter reden. Die liegt vielmehr in der Verschleierung der wahren Gründe, nach denen die Höhe des Lohnes sich richtet.

Die Behauptung: der Saisonarbeiter bekäme, eben weil er Saisonarbeiter ist, entsprechend höhere Löhne, so daß er das ganze Jahr zu leben hat — diese Behauptung unterstellt, daß der Kapitalist den Arbeitslohn nach dem Bedarf des Arbeiters bemesse. So und so viel muß der Arbeiter haben, um zu leben; der Saisonarbeiter ist so viele Wochen weniger beschäftigt, also müssen wir ihm pro Woche Beschäftigung so viel mehr geben.

Man braucht sich das nur in dieser Form herauszuschälen, so tritt nackt zu Tage, welch frecher Hohn hier mit den Arbeitern getrieben wird! Welcher Kapitalist rechnet denn so? Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die Sozialisten und die Gewerkschaften sind es, die immer wieder den Arbeitslohn dem Bedarf des Arbeiters anzupassen suchen. Ihnen aber erwidern die Unternehmer bei jedem Lohnstreit höchst kaltschnäuzig: den Bedarf des Arbeiters in Ehren; aber wir können nur zahlen, was „die Wirtschaft erträgt“. Was in Wahrheit bedeutet: nicht mehr als unser wachsender Profit zuläßt. Hunderte, tausende Beweise können allein aus den letzten paar Jahren beigebracht werden, daß dies die wahre Richtschnur ist, nach welcher die Unternehmer sich bei Bemessung der Arbeitslöhne richten. Da nun aber ihr Bedürfnis nach wachsendem Profit unbegrenzt ist, so bedeutet diese Richtschnur praktisch nichts anderes, als daß sie die Löhne stets und unter allen Umständen herunterzudrücken suchen. Und wie weit ihnen das gelingt, das hängt nur von dem Widerstand der Arbeiter ab, der seinerseits eng an den Umfang der Arbeitslosigkeit gebunden ist. So liegen die Dinge in Wirklichkeit, und das gilt für die Saisonarbeiter genau so wie für alle anderen.

An sich ist das eine alte Weisheit, und früher haben gerade die bürger-

lichen Professoren und Unternehmer mit Entschiedenheit betont, daß der Lohn sich nach Angebot und Nachfrage zu richten habe. Heute aber, wo es den Angriff auf die Arbeitslosenunterstützung gilt, wird mit der größten Unverfrorenheit das Gegenteil behauptet. Dabei zeigt die Entwicklung der letzten Jahre ganz deutlich, daß es auch heute noch so ist. Im Herbst 1925 setzte in Deutschland jene rapide Rationalisierung ein, welche die ungeheure Vermehrung der Arbeitslosigkeit verursachte. Und wie wirkte sie auf die Löhne der Bauarbeiter, dieser typischen Saisonarbeiter? Man vergleiche:

Geldlöhne der Bauarbeiter

	Gelernte	Ungelernte
1925 Januar	41,20	34,70 Mk. pro Woche
Oktober	55,30	45,20 " " "
1926 Januar	55,35	45,20 " " "
1927 "	55,05	44,62 " " "
März	55,05	44,62 " " "
1928 Januar	59,15	48,35 " " "
1929 April	64,30	53,10 " " "

Der plötzliche Stillstand des Geldlohns im Herbst 1925 fällt in die Augen. Und er hält volle eineinhalb Jahre an, bis zum Frühjahr 1927. Erst die (für das Kapital) brillante Konjunktur des Sommers 1927 bringt auch den Bauarbeitern einen merklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit und damit eine neue Steigerung der Löhne. Sie setzt sich bis jetzt fort — aber nur scheinbar. Denn dies sind ja nur die Geldlöhne. Wie hoch deren reale Kaufkraft war, läßt sich zweifelsfrei nicht ermitteln, weil der amtliche Lebenshaltungsindex bekanntlich falsch ist. Aber sogar nach diesem falschen Index umgerechnet, betrug der Reallohn der Bauarbeiter:

	Gelernte	Ungelernte
1925 Januar	30,40	25,60 Mk. pro Woche
Oktober	38,50	31,50 " " "
1926 Januar	39,80	32,50 " " "
1927 "	38,05	30,85 " " "
März	38,75	31,55 " " "
1928 Januar	39,20	32,05 " " "
1929 April	41,90	34,55 " " "

Wir sehen so, daß der Reallohn der Bauarbeiter bis zum Herbst 1925 ganz hübsch in die Höhe ging. Dann aber, unmittelbar nach Beginn der großen Rationalisierung, war es wie abgeschnitten, und erst der Sommer 1927 brachte — mit stark verminderter Arbeitslosigkeit — ein langsames Ansteigen der Löhne. Vergleichen wir nun die ganze Periode von Januar 1925 bis April 1929, so stieg der Lohn vor der großen Arbeitslosigkeit in neun Monaten um sechseinhalb bis acht Mark, nachher in viereinhalb Jahren um drei Mark die Woche! Vor der Rationalisierung um 27 vH in neun Monaten, das heißt um 3 vH monatlich; nachher um 9 vH in 51 Monaten oder noch längst nicht einmal 0,2 vH monatlich. Deutlicher kann wohl der Einfluß der Arbeitslosigkeit nicht in die Augen springen. Dabei ist die Wahrheit zweifellos noch schlimmer, was sich zeigen würde, wenn wir die wahre Höhe der Lebenshaltungskosten wüßten.

Die Frauennarbeit und ihre soziale Problematik

Ernst W. Weithaas

Wir stehen heute mitten im Schöpfungswirbel einer Umwälzung von grundauswühlender Bedeutsamkeit für das künftige Gemeinschaftsleben der Menschen. Die Frau, bisher bloße Sache des Mannes, ringt empor aus der sozialen Untervertigkeitsstellung, die sie seit Jahrtausenden einnimmt, und erhebt sich zur Persönlichkeit.

Allgemeiner Fortschritt und Revolution brachten in vielen Staaten einen Wandel. Die ersten Bastionen der männlichen Herrschaftsstellung sind gebrochen, das Weib, allgemach zum Persönlichkeitsbewußtsein erwachend, betritt die Arena der Kultur, nicht mehr als passive Zuschauerin und Bewunderin, sondern als aktive Mitschöpferin und Kameradin des Mannes. Wir kennen heute die Reichstagsabgeordnete, die Richterin, die Beamtin, wir kennen die Gelehrte, die Bildhauerin, Malerin, Schriftstellerin und Erfinderin, von den mannigfaltigen weiblichen Berufen in der Industrie ganz zu schweigen.

Und diese Entwicklung, die heute mit elementarer Wucht sich auswirkt, duldet darüber keinen Zweifel mehr; die Zeit, da der Aufgabenkreis der Frau sich einzig auf die vier Wände des Haushaltes und der Kinderstube beschränkte, da die Ehe ihr Lebensversorgung, die Familie ihr Lebensinhalt war, diese Zeit ist unwiederbringlich dahin. Eine neue Zeit ist im Werden. Sie brachte in wenigen Jahrzehnten eine grundstürzende Umgestaltung aller Lebensbedingungen und rüttelt heute mit unerbittlicher Faust auch an den Daseinsformen der Geschlechter; sie reißt die Frau aus dem Haus und stößt sie ins öffentliche Erwerbsleben, unbekümmert um Herkommen und tausendjährigen Brauch. Heute ist die Frau, ob ledig oder verheiratet, zur Erwerbsarbeit gezwungen, wenn anders sie nicht verkommen will in sozialer Verelendung und persönlicher Selbstaufgabe. Und diese Notwendigkeit, eine wirtschaftliche Notwendigkeit, weiß nichts von Poesie und Romantik; sie schlägt die überlieferten Ideale von Liebe, Ehe und Familie in Trümmer, sie bedeutet für das Weib die Entzauberung und Entgottung der Welt.

Welche Umgestaltungen der sozialen Formen und Einrichtungen diese Entwicklung im Gefolge haben wird, ja, welche Umgestaltungen des gesamten Kulturlebens überhaupt — dies im einzelnen voraussagen zu wollen, das hieße, sich einem müßigen Spiel der Prophetie hingeben. Etliches an den Erscheinungen, die gegenwärtig sich aufdrängen, mag bereits in die Zukunft weisen, vieles davon wird bloßes Gärungsprodukt sein und im Kristallisationsprozeß der Geschichte untergehen. Eines jedoch steht unverbrüchlich: daß diese Umgestaltungen tiefsehürfend und grundstürzend sein werden, daß sie Probleme auswählen müssen, zu deren Meisterung und Lösung es der ganzen Kraft und Reife vollwertiger Menschen brauchen wird, und zwar vollwertiger Menschen beiderlei Geschlechts.

Das Grundproblem aller Probleme ist die Organisation der Arbeit. Erst dann wird das Weib völlig Weib, das heißt sich ihrer biologischen Anlage gemäß entfaltende Persönlichkeit sein können, wenn es wirtschaft-

lich unabhängig ist vom Manne, wenn es den eigenen Lebensunterhalt selbst erwirbt und damit in der Ehe nicht mehr die Versorgungsanstalt zu sehen braucht. Und diese Entwicklung hat, wie gesagt, bereits mit aller Energie eingesezt, immer tiefer dringt die Frau ins Erwerbsleben ein, immer intensiver beteiligt sie sich am gesellschaftlichen Produktionsprozeß, so daß es heute in Deutschland bereits 11,5 Millionen erwerbstätige Frauen gibt, wovon etwa 3,7 Millionen verheiratet sind. Hier begegnet sich die Frauenarbeit unmittelbar mit dem brennendsten Problem der Gegenwart: Wie soll es möglich sein, für die Frauen Arbeit zu beschaffen, Berufe zu erschließen, wenn schon Millionen Männer feiern müssen?

Nun, jeder Mensch, der kann, soll allerdings arbeiten, aber er soll nicht seine ganze Kraft erschöpfen müssen in der Arbeit zu seiner Unterhaltssicherung. Es soll ihm Kraft und Muße bleiben zur Bereicherung und Steigerung seines Lebens, zur Veredlung und Durchbildung seiner Persönlichkeit, zur Teilnahme an allen Genüssen, die das Kulturtum ihm bietet. Was aber zwingt heute den Menschen, mehr Arbeitstier als Mensch zu sein? Was zwingt ihn, sich auszugeben und aufzureiben, meist noch über seine Kraft, in der Arbeit und Sorge ums tägliche Brot? Es ist die Unordnung in der heutigen Wirtschaftstätigkeit, die Art und Weise der kapitalistischen Gütererzeugung, die zu einer wüsten Planlosigkeit der Arbeitsteilung, zum Kampf aller gegen alle führt, weil nicht der gesellschaftliche Bedarf, nicht das Gemeinwohl der Motor ist, der den Produktionsprozeß bewegt, sondern die private Profitsucht, der Drang nach Mehrwert.

Bernunftbeherrschte Arbeitsteilung, darin liegt letzten Grundes die Lösung des Problems der Erwerbslosigkeit wie auch der Frauenarbeit, nicht aber darin, daß man die Frau, namentlich die verheiratete, aus dem Erwerbsleben verdrängt, wie heute, selbst in Arbeiterkreisen, vielfach gefordert wird. Denn der Frau — sei es auch nur der verheirateten, der sogenannten Doppelverdienerin — das soziale Recht auf Erwerbsarbeit verwehren, das heißt: die Versklavung des Weibes verewigen und ist nicht unähnlich einem Rückfall in die Zeit der Maschinenstürmer, wo man, in der Verkennung des wahren ökonomischen Zusammenhanges, gegen den technischen Fortschritt wütete, anstatt sich solidarisch zusammenzuschließen zum gemeinsamen Kampf gegen die Desorganisation in der Wirtschaftstätigkeit. Und so gilt es denn heute, Mittel und Wege zu finden, die für Mann und Weib gleicherweise Platz schaffen im gesellschaftlichen Produktionsraum. Damit eröffnet sich für die sozialistischen Gewerkschaften und Parteien ein neuer, gewaltiger Aufgabenkreis, und die vernünftige Regelung der Arbeitszeit sowie die Herabsetzung der produktiven Altersgrenze wird immer mehr zur dringendsten Gegenwartsforderung. Ja intensiver aber die Frau selbst mit teilnimmt an dem politischen und gewerkschaftlichen Befreiungskampf der Arbeiterklasse, je zweckbewußter die Frauenbewegung sich eingliedert in die internationale Arbeiterbewegung, um so eher werden die proletarischen Organisationen befähigt sein, sich durchzusetzen gegen die sozialpolitische Reaktion auch auf dem Gebiet der Frauenarbeit, und um so weniger wird der Mann in der erwerbstätigen Frau die Konkurrentin sehen als vielmehr die Mitkämpferin!

Indessen, nicht nur auf wirtschaftspolitischem, auch auf bevölkerungspolitischem Gebiet erheben sich, hervorgerufen durch die Frauenarbeit, neue, der Lösung harrende Probleme. Ein Blick in die Statistiken zeigt, daß der Geburtenrückgang keine bloße Täuschung mehr ist, sondern eine unzweideutige bedrohliche Wirklichkeit. Unzweideutig, weil das Sinken der Geburtenziffern sich am augenfälligsten gerade in jenen Kulturländern offenbart, wo die Frauenarbeit bereits eine große Rolle spielt, und bedrohlich insofern, als die herkömmliche Bevölkerungspolitik mit ihren alten Mitteln und Methoden den neuen Anforderungen, die Entwicklung und Notwendigkeit an sie stellen, auch nicht halbwegs gerecht wird, nicht gerecht werden kann. Einerseits bewertet man die Frau noch immer als Untermensch, indes man ihre produktiven Leistungen niedriger entlohnt als die des Mannes und sich nach wie vor scheut, ihr die volle Gleichberechtigung im gesellschaftlichen Leben einzuräumen, andererseits aber betrachtet man sie, ganz im Widerspruch damit, als Uebermensch und fordert von ihr, daß sie wie ehedem um den Nachwuchs der Gesellschaft bemüht sei, daß sie also zu der häuslichen und gewerblichen Arbeit auch noch die Bürde der Mutterschaft auf sich nehme. Und in der Tat, solche Fälle sind heute überhäufig, Fälle, wo der Mann fehlt oder versagt, wo die soziale Fürsorge sich als unzulänglich erweist und wo daher die Frau sich ausreißt unter dreifacher Last: tagsüber als Erwerbstätige, nach Feierabend als Hausverfogerin und als Mutter.

Solange die moderne Gesellschaft, vermöge ihres privatwirtschaftlichen Untergrundes, weder willens noch fähig ist, Lebensbedingungen zu schaffen, die es der Frau von heute ermöglichen, Mutter zu sein, solange bleiben auch ihre Maßnahmen und Gesetze, die dem Geburtenrückgang steuern sollen, ohne alle Kraft der Wirksamkeit und ohne jeden Schein des Rechts. Denn die Frau, die heute die Mutterschaft ablehnt, selbst ablehnt, wenn sie innerlich Sehnsucht danach trägt, diese Frau handelt nicht aus freiem Willen, sondern sie handelt, auch wo sie sich dessen unbewußt ist, unter dem Zwang einer ehernen Notwendigkeit. Und wo je in Natur und Gesellschaft die Notwendigkeit sich erhob, da lautete noch immer ihr unerbittlicher Spruch: Anpassung oder Untergang!

Anpassung — das fordert die Entwicklung nicht nur von der Frau, das fordert sie in noch höherem Maße von der Gesellschaft. Die Frau hat den Weg der Anpassung bereits beschritten; an der Gesellschaft ist es nunmehr, ihr auf diesem Wege nicht Hemmung und Hinderung zu sein, sondern Förderung und Führung. Immer zahlreicher wird das Heer der erwerbstätigen Frauen, immer dringlicher daher auch die Lösung der Mutterschaftsfrage. Denn je mehr auch die Frau in den gesellschaftlichen Arbeitsvorgang einbezogen wird, je mehr also auch sie, neben dem Manne, teilnimmt an der Gütererzeugung, desto weniger kann sie sich noch belasten mit der Menschenerzeugung und bemüht sein um hohe Geburtenziffern.

Letzten Endes greift jedoch die sinkende Geburtenziffer der Gesellschaft ans Lebensmark, so daß sie, bei Strafe des Untergangs, über kurz oder lang genötigt sein wird, Maßnahmen und Einrichtungen zu treffen, die auch der erwerbstätigen Frau, wo Wunsch und Wille darauf gerichtet sind,

die Mutterschaft ermöglichen, ohne daß sie befürchten muß, mitsamt ihren Kindern zu verelenden oder zermürbt und aufgerieben zu werden zwischen dem Kampf ums tägliche Brot und den Aufgaben der Arterhaltung. Und so dürfte die vielfach geforderte Mutterschaftsversicherung in dieser Hinsicht der nächste Schritt sein; eine Mutterschaftsversicherung, die auf die Erkenntnis gegründet ist, daß auch der weibliche Gattungsdienst, ebenbürtig jeder werteschaffenden Arbeit, eine gesellschaftlich notwendige Leistung darstellt, wofür die Gesellschaft zur entsprechenden Gegenleistung verpflichtet ist; eine Mutterschaftsversicherung, die das Leben der Mutter, von einem bestimmten Zeitpunkt der Schwangerschaft an bis über das Säuglingsalter hinaus, befreit von allen bedrückenden Existenzsorgen.

Alle bisherige Kultur beruht auf einer ungeheuren Vergeudung von Menschenleben. Ein üppig sprudelnder Bevölkerungsquell, der unversieglich schien, verleitete dazu, mit dem Menschen umzuspringen als mit einer im Ueberfluß vorhandenen Sache. Man trieb Raubbau am Menschen und beutete ihn aus weit über die Grenzen und Kräfte seiner natürlichen Leistungsfähigkeit. So wurde zumal das Dasein der Frau aufs tiefste bedrückt, denn sie war es, die für den wüsten Menschenverbrauch aufzukommen hatte, die dafür Lebenskraft und Lebensfreude opfern mußte in überstürzten Wochenbetten. Sie war verdammt zu einer sinnlosen Menschen-erzeugung für eine noch sinnlosere Menschenverwüstung. Ein Rückgang der Geburtlichkeit liegt daher, in seiner Ursache wie in seiner Wirkung betrachtet, durchaus in der Richtung des sozialen Fortschrittes. Einmal setzt die verminderte Gebärtätigkeit bestimmte Kräfte des Weibes frei, insbesondere geistige und seelische Kräfte, deren Einfluß auf die künftige Kulturgegestaltung nur befruchtend wirken kann, zum andern aber erschließt ein geringerer Menschenzufluß der Gesellschaft erst den eigentlichen Wert des Menschen, so daß sie zu guter Letzt doch, um die Gefahr einer Untervölkerung abzuwenden, über Mittel und Wege nachsinnen muß, die nichts mehr und nichts weniger zum Ziele haben werden, als die längste Erhaltung und höchste Steigerung des menschlichen Lebens.

Man wird also Menschenökonomie betreiben müssen, das heißt, man wird gezwungen sein, mit dem Menschenleben wirtschaftlicher, häuslicher, sparsamer umzugehen, damit es in seiner Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit möglichst lange und wertvoll erhalten bleibt für die Gesellschaft. Man wird lernen müssen, mit sinkenden Geburtenziffern auszukommen und man wird dabei die Erfahrung machen, daß auch auf dem Gebiet der menschlichen Fortpflanzung jede überstürzte Massenerzeugung nichts anderes ist als eine sinnlose Kraftvergeudung. Man wird zu dieser Einsicht gelangen, sobald man erst einmal dazu übergegangen ist, die Aufgaben der Gattungsenerneuerung nicht mehr, wie bislang, ausschließlich der Willkür blinder Triebe zu überlassen, sondern sie zunehmend der Notmäßigkeit der zwecklegenden Vernunft zu unterwerfen, um auf solche Weise fortzuschreiten zu einer planvollen Wählerzeugung. Nicht auf die Zahl, auf die Wahl der Geburten kommt es an, und das Ziel besteht darin, daß jedes Weniger der Menge sich umsetzt in ein Besser der Beschaffenheit.

Doch bei aller Sorgfalt und Pflege, die notwendig auf eine vernünftige Geburtenregelung zu verwenden sind, darf nie die Pflege und Erziehung des vorhandenen Menschenmaterials außer acht gelassen werden. Es liegt keineswegs im Sinne einer zielbewußten Bevölkerungspolitik, wenn man, um des Kindes willen, die Mutter entwürdigt und des Menschentums beraubt, wenn man, mit andern Worten, von der Frau die unbedingte Mutterchaft fordert und im übrigen den Teufel danach fragt, ob sie, mit Rücksicht auf ihre soziale Lebensstellung, auch willens sein kann oder imstande ist zur Geburt und Aufzucht eines gesunden Nachwuchses.

Wir überprüfen und fassen zusammen: Frauenarbeit — das ist der Weg, und zwar der unumgänglichste, zur Selbstbefreiung der Frau. Denn die Frau muß erst erwerbstätig sein, um wirtschaftlich unabhängig zu werden vom Manne, und sie muß erst wirtschaftlich unabhängig sein, bevor sich ihr die Tore öffnen zur gesellschaftlichen Gleichberechtigung. Es kann daher wahrlich nicht die Aufgabe einer sozialen Technik sein, der Frau das Recht auf Erwerbsarbeit zu verwehren, sondern es gilt vielmehr, eine vernünftige Regelung der Wirtschaftstätigkeit anzustreben, die eine Teilnahme der Frau an der gesellschaftlichen Produktion ermöglicht, ohne daß sich dies auswirkt zum Nachteil und Schaden der männlichen Arbeiterschaft. Positiver ausgedrückt: Es gilt zu verhindern, daß die Erwerbsarbeit der Frauen erkauft wird auf Kosten der gesamten Arbeiterklasse, sei es nun durch Lohndruck oder sei es durch den Ausschluß männlicher Arbeitskräfte vom Produktionsprozeß, und es gilt zu verhindern, daß sie erkauft wird auf Kosten der weiblichen Gesundheit und des mütterlichen Organismus. Daraus ergeben sich die Gegenwartsforderungen auf diesem Gebiete ganz von selbst, Gegenwartsforderungen, als deren wichtigste hier genannt seien: die zunehmende Angleichung der Frauenlöhne an die Löhne der Männer, die rationelle Anpassung der Arbeitszeit und der produktiven Altersgrenze an das Angebot der menschlichen Arbeitskräfte sowie die Einrichtung einer hinlänglichen Mutterchaftsversicherung und eines umfassenden Arbeiterinnenschutzes.

Die Erwerbsarbeit bedeutet nicht nur einen sozialen Fortschritt, sie bedeutet auch eine neue Belastung für die Frau, so daß sie heute nicht die gleichen Geburtenziffern aufzubringen vermag wie in der Vergangenheit. Will daher die Gesellschaft sich vor einer Unterbevölkerung bewahren, so muß sie, der Notwendigkeit gehorchend, das vorhandene Menschenmaterial wirtschaftlicher ausnützen, anstatt es, wie bisher, durch wüsten Raubbau und rücksichtslose Ausbeutung vorzeitig abzunützen. Damit wird die Frauenarbeit zur unmittelbaren Urheberin der Menschenökonomie, und indem sie eine höhere Menschenbewertung überhaupt bewirkt, führt sie insbesondere auch zu einer gesellschaftlichen Höherbewertung der Frau — als Persönlichkeit sowie auch als Lebensschöpferin!

Fabrik- und Handwerkslehrlinge im Deutschen Reich

350 000 Lehrlinge in der Metallindustrie

C. Braudmüller (Stuttgart)

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ vom 1. März 1929 ein weiteres Ergebnis der gewerblichen Betriebszählung vom Jahre 1925 und berichtet über die in den Fabrik- und Handwerksbetrieben beschäftigten Lehrlinge. Das Ergebnis der Zählung ist in mancher Beziehung interessant, so daß sich eine Darstellung derselben in dieser Zeitschrift rechtfertigen dürfte.

Bei der gewerblichen Betriebszählung vom Jahre 1925 zählte man insgesamt 18 749 583 beschäftigte Personen. Davon waren 986 567 (5,3 vH) Lehrlinge. Eine Darstellung nach der Betriebsgröße ergibt folgendes Bild. Es waren beschäftigt in

Betrieben	Zahl der beschäftigten Personen	davon Lehrlinge	
		absolut	vH
bis zu 5 Personen	5541 848	396 595	7,2
von 6 bis 10 Personen	1486 904	162 953	11,0
" 11 " 50 "	3533 228	205 243	5,8
über 50 "	8187 603	221 776	2,7
Zusammen	18 749 583	986 567	5,3

Von den 18 749 583 beschäftigten Personen waren 3 311 820 Personen (17,66 vH) in der Metallindustrie tätig. Von den 986 567 Lehrlingen waren 346 441 (35,11 vH) in der Metallindustrie beschäftigt. Das heißt, jeder dritte Lehrling ist Metallarbeiter.

Dem Metallgewerbe am nächsten steht in der Zahl der beschäftigten Lehrlinge das Bekleidungs-gewerbe mit 149 076 (15,11 vH) Lehrlingen, das Holz- und Schnitzstoffgewerbe mit 137 048 (13,90 vH) Lehrlingen, das Baugewerbe mit 129 650 (13,14 vH) Lehrlingen, das Nahrungs- und Genussmittel-gewerbe mit 93 925 (9,52 vH) Lehrlingen. Die restlichen 130 427 Lehrlinge (13,22 vH) verteilen sich auf die übrigen Gewerbe-gruppen.

Der Anteil der Lehrlinge am Gesamtpersonal der einzelnen Industrie-gruppen ist sehr verschieden. Er beträgt in der Gruppe:

Gruppe	Zahl der Personen	davon Lehrlinge	
		absolut	vH
V. bis VIII. Metallindustrie zusammen	3 311 820	346 441	10,4
X. Textilindustrie	1 210 401	18 006	1,5
XI. Papierindustr. u. Vielfältigungsgewerbe	543 892	28 435	5,2
XII. Leder- und Linoleumindustrie	162 006	15 224	9,4
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	1 007 783	137 048	13,6
XV. Musikinstrumenten- u. Spielwarenindustrie	123 070	5 612	4,6
XVI. Nahrungs- und Genussmittelgewerbe . .	1 319 284	93 925	7,1
XVII. Bekleidungs-gewerbe	1 441 181	149 076	10,3
XVIII. Baugewerbe (einschl. Baunebengewerbe)	1 512 935	129 650	8,6

In den andern Industrien, Bergbau, chemische Industrie, Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, ist der Anteil der Lehrlinge an der Gesamtzahl der Beschäftigten bedeutungslos.

Die in der Metallindustrie beschäftigten Personen verteilen sich auf die einzelnen Gewerbegruppen und Betriebsgrößen wie folgt:

Betriebsgröße	Gruppe V Eisen- und Metallgewinnung			Gruppe VI Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren		
	Zahl der beschäft. Personen	davon Lehrlinge		Zahl der beschäft. Personen	davon Lehrlinge	
		absolut	o/o		absolut	o/o
bis 5 Personen	4321	362	8,4	267 030	61 926	23,2
von 6—10 "	6954	513	7,4	88 353	25 559	28,9
" 11—50 "	55 770	3 154	5,7	192 372	26 053	13,5
über 50 "	421 558	12 252	2,9	356 454	18 162	5,1
Zusammen	488 603	16 281	3,3	904 209	131 700	14,6

Betriebsgröße	Gruppe VII Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau			Gruppe VIII Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik, Optik		
	Zahl der beschäft. Personen	davon Lehrlinge		Zahl der beschäft. Personen	davon Lehrlinge	
		absolut	o/o		absolut	o/o
bis 5 Personen	63 143	11 316	17,9	73 381	10 277	14,0
von 6—10 "	50 558	13 336	26,4	35 220	8 386	23,8
" 11—50 "	212 881	38 956	18,3	96 247	15 352	16,0
über 50 "	999 907	84 630	8,5	387 671	16 207	4,2
Zusammen	1 326 489	148 238	11,2	592 519	50 222	8,5

Aus den Ergebnissen der Betriebszählung ist zu ersehen, daß es mit der Verdrängung des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb noch gute Wege hat. Wenn die Großbetriebe im Verhältnis zu den Kleinbetrieben auch bedeutend mehr gewachsen sind, so sind doch die Tage des Handwerks noch lange nicht gezählt. Eine dominierende Stellung hat der Handwerksbetrieb vor allem im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und im Bekleidungs-gewerbe. Während der Großbetrieb im Holzgewerbe etwas überwiegt, hat er im Baugewerbe und in der Metallindustrie überragende Bedeutung. In allen Gewerbegruppen, ausgenommen das Metallgewerbe und Baugewerbe, hat jedoch das Handwerk eine beherrschende Stellung in der Lehrlingsausbildung.

Gewerbegruppe	Zahl der Lehrlinge in Betrieben bis zu 10 beschäftigten Personen	Zahl der Lehrlinge in Betrieben von 11 bis über 50 beschäftigten Personen
	Handwerksbetriebe	Großbetriebe
Metallgewerbe	134 092	212 349
Baugewerbe	66 225	63 425
Holzgewerbe	100 500	36 548
Bekleidungs-gewerbe	117 448	31 628
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	83 708	10 216

Die Lehrlinge in den Handwerksbetrieben der Metallindustrie nach der gewerblichen Betriebszählung vom Jahre 1925

400

Betriebszählung für die Gewerbetreibenden der Metallindustrie

Bezeichnung	Handwerk zusammen			Davon in Betrieben mit								
				1 bis 3 Personen			4 und 5 Personen			6 bis 10 Personen		
	Betriebe	Personen	dav. Lehrl.	Betrieb.	Personen	dav. Lehrl.	Betrieb.	Personen	dav. Lehrl.	Betriebe	Personen	dav. Lehrl.
Metallhandwerk	187 869	552 252	134 092	88 061	188 518	41 350	25 742	112 579	37 957	20 607	197 696	54 785
Schmiederei	53 770	126 669	34 445	35 544	76 110	20 070	6 343	27 041	10 282	1 466	13 101	4 093
Memnerei	30 084	115 005	22 123	12 588	28 582	6 118	4 636	20 310	6 207	4 402	57 655	9 798
Schlosserei	20 507	92 607	35 963	7 358	16 479	5 141	4 291	19 012	9 262	4 923	53 181	21 560
Elektroinstallation	16 309	50 467	11 056	6 408	14 073	2 391	2 697	11 974	3 279	2 656	19 872	5 386
Fahrzeugreparatur	17 894	45 538	10 560	7 570	15 341	2 614	2 229	9 804	3 182	1 894	14 192	4 764
Uhrmacherei	16 859	27 345	2 486	5 803	12 052	1 434	745	3 217	671	289	2 054	381
Maschinenreparatur	7 107	23 195	7 219	3 067	6 179	1 283	1 330	5 887	2 203	1 299	9 718	3 733
Gold- u. Silberschmiede	6 155	14 020	1 663	2 013	4 168	471	599	2 613	475	582	4 278	717
Werkzeugmacherei	3 548	12 306	1 989	1 529	3 196	319	623	2 762	545	752	5 704	1 125
Kupfer schmiede	1 600	5 615	1 498	612	1 354	288	369	1 637	541	306	2 311	669
Gürtlerei	1 698	5 378	495	560	1 170	81	252	1 115	168	327	2 534	246
Orthopäden	1 694	5 249	854	679	1 447	179	223	996	230	293	2 307	445
Schleiferei	2 424	4 156	227	1 263	2 078	120	130	566	57	77	558	50
Optiker	1 265	4 101	743	610	1 242	178	239	1 063	263	221	1 601	302
Feinmechan. Werkstatt	1 504	3 651	875	518	1 038	204	201	885	317	154	1 097	354
Mühlenbau	1 055	3 545	621	434	881	104	163	737	152	212	1 681	365
Metallgießerei	730	3 173	573	266	572	72	190	857	202	219	1 689	299
Büchsenmacherei	1 284	3 000	547	504	1 029	201	170	738	190	100	723	156
Galvanische Anstalt	437	1 650	154	190	404	36	100	437	41	100	762	77
Kesselschmiede	441	1 601	115	158	362	8	80	350	34	100	786	73
Schiffsbau	183	915	134	47	103	12	24	107	24	84	677	98
Zinn- und Blei gießerei	357	894	43	169	296	7	43	183	13	38	308	23
Eisengießerei	161	877	80	41	89	4	37	166	13	75	614	63
Nablerei	450	624	3	29	61	1	9	38	—	17	130	2
Präparatoren	296	448	18	81	171	14	9	38	4	5	38	—
Aluminiumgießerei	57	223	8	20	41	—	10	46	2	16	125	6

Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes gehören mehr als die Hälfte der beschäftigten Lehrlinge — 544 000 — dem Handwerk an. Im Durchschnitt trifft auf je 5 im Handwerk beschäftigte Personen 1 Lehrling oder, nach Abzug der selbständigen Meister, auf je 2 Arbeitnehmer 1 Lehrling. Die größte Zahl der Lehrlinge findet sich im Metallhandwerk mit rund 134 100 Lehrlingen. Ihm folgt das Bekleidungshandwerk mit 117 500 Lehrlingen, das Holz verarbeitende Handwerk mit 100 500 Lehrlingen, das Nahrungsmittelhandwerk mit 83 700 Lehrlingen und das Bauhandwerk mit rund 66 200 Lehrlingen. Die restlichen 42 000 Handwerkslehrlinge verteilen sich auf die übrigen Gewerbegruppen. Aus der nachstehenden Tabelle ist der Anteil der Lehrlinge an der Gesamtzahl der in den wichtigsten Handwerksgruppen beschäftigten Personen zu ersehen.

Handwerksgruppen	Betriebe	Personen	davon Lehrlinge	
			absolut	v%
Metallhandwerk	187 869	552 252	134 092	24,3
Holzhandwerk	184 474	444 494	100 500	22,6
Nahrungsmittelhandwerk	228 671	691 415	83 708	12,1
Bekleidungshandwerk	480 553	819 326	117 448	14,3
Bauhandwerk	185 525	502 030	66 225	13,2

Im Metallhandwerk stehen die Schlosserlehrlinge mit 35 963 (38,8 v% der beschäftigten Personen), die Schmiedelehrlinge mit 34 445 (27,2 v%), die Klempnerlehrlinge mit 22 123 (19,2 v%), die Lehrlinge in der Maschinen- und Fahrzeugreparatur mit 17 779 (25,9 v%) sowie in der elektrotechnischen Installation mit 11 056 (21,9 v%) an erster Stelle. Die Lehrlinge im Bekleidungshandwerk setzen sich fast ausschließlich aus Schneiderlehrlingen (77 569 = 11,9 v%) und Schuhmacherlehrlingen (31 061 = 14,3 v%) zusammen; im Holzhandwerk sammelt sich der Hauptteil der Lehrlinge in der Tischlerei (73 321 = 28,3 v%) und in der Stellmacherei (15 997 = 24,6 v%). Im Nahrungsmittelhandwerk sind hauptsächlich die Bäckerlehrlinge (43 139 = 13,9 v%) und die Fleischerlehrlinge (28 692 = 12,3 v%) und im Baugewerbe die Lehrlinge in der Malerei (28 855 = 18,8 v%) sowie die Maurerlehrlinge (10 724) und die Zimmerlehrlinge (8462) hervorzuheben. Neben diesen wichtigsten Handwerkszweigen kommen für die Lehrlingshaltung noch das Papier verarbeitende Handwerk (Buchbinderei und Buchdruckerei) mit 9399 Lehrlingen (11,8 v%), das Leder verarbeitende Handwerk (Gerberei und Sattlerei) mit 11 999 Lehrlingen (18,7 v%) und das Friseurhandwerk mit 13 098 Lehrlingen (11,2 v%) in Betracht.

Diese Ziffern zeigen, welche große Bedeutung die billige Arbeitskraft des Lehrlings für den Handwerksmeister hat. Der Meister braucht billige Arbeitskräfte, um seinen Betrieb aufrechtzuerhalten und er sucht sich diese in den Lehrlingen, denen er einen ganz geringen Lohn zahlt. Das Halten von Lehrlingen ist also für das Handwerk keine Qual, wie immer behauptet wird, sondern die Quelle großen Profits, ja oft sogar die Grundlage der ganzen Existenz. Das Ergebnis der Betriebszählung beweist ferner, daß in den Handwerksbetrieben eine ungeheure Lehrlingszüchterei herrscht, die am größten

ist in einzelnen Zweigen des Metallhandwerks. Das Nähere ist aus der folgenden Tabelle zu ersehen.

Der Anteil der Lehrlinge am Gesamtpersonal in den wichtigsten Handwerkszweigen nach Größenklassen

Handwerkszweige	Anteil der Lehrlinge in Betrieben mit		
	1 bis 3 Personen vH	4 und 5 Personen vH	6 u. mehr Personen vH
Metallhandwerk:			
Schlosserei	31,2	48,7	40,5
Schmiederei	26,4	38,2	31,2
Klempnerei	21,4	30,6	17,0
Maschinen- u. Fahrzeugreparatur	18,1	34,3	35,5
Elektrotechnische Installation . .	17,0	27,4	27,1
Holzhandwerk:			
Tischlerei	26,5	37,2	32,7
Stellmacherei	22,3	37,0	32,2
Nahrungsmittelhandwerk:			
Bäckerei	11,4	18,6	13,2
Fleischerei	9,5	17,6	13,9
Bekleidungshandwerk:			
Schneiderei	19,0	31,9	26,6
Schuhmacherei	19,4	30,6	24,6
Bauhandwerk:			
Maurerei	8,3	9,0	10,4
Zimmerei	13,7	16,0	16,1
Glaserei	15,7	24,3	15,6
Papier verarbeitendes Handwerk .	10,1	17,1	14,5
Leber verarbeitendes Handwerk .	21,9	29,6	19,4
Friseur	12,2	18,2	15,2

Die verhältnismäßig stärkste Besetzung mit Lehrlingen weisen in fast allen Handwerkszweigen die Betriebe der Größenklasse von 4 bis 5 Personen auf. In dieser Größenklasse erreicht der Anteil der Lehrlinge an der Gesamtzahl der beschäftigten Personen in der Schlosserei 48,7 vH, in der Schmiederei 32,2 vH, in der Tischlerei 37,2 vH, in der Stellmacherei 37 vH, in der Maschinen- und Fahrzeugreparatur 34,3 vH, in der Schneiderei 31,9 vH, der Klempnerei und in der Schuhmacherei 30,6 vH und in der elektrotechnischen Installation 27,4 vH.

Wenn man jedoch von der Gesamtzahl der beschäftigten Personen in den einzelnen Größenklassen die Zahl der selbständigen Meister abzieht, so zeigt sich, daß der Anteil der Lehrlinge an der Zahl der Arbeitnehmer auch in den kleinen Handwerksbetrieben mit 1 bis 3 Personen recht hoch ist.

Dieser Anteil liegt in der Bäckerei, Fleischerei und Schuhmacherei und auch in der Klempnerei und in der elektrotechnischen Installation nur deshalb erheblich tiefer als beispielsweise in der Schlosserei, Schmiederei und

Tischlerei, weil bei den erstgenannten Handwerkszweigen das Bild der rein handwerklichen Tätigkeit durch die im Verkauf tätigen Angestellten und Familienangehörigen verwischt wird. Man muß deshalb die Familienangehörigen und Angestellten ausscheiden, um ein richtiges Bild von der Bedeutung der Lehrlingshaltung in diesen Handwerkszweigen zu bekommen. Der Anteil der Lehrlinge an der Zahl der Gehilfen und Arbeiter beträgt in

Gewerbegruppen	Betrieben mit	
	1 bis 3 Personen	4 bis 5 Personen
Schlosserei	66,0	67,3
Schmiede	51,0	53,4
Klempnerei	48,2	44,9
Maschinen- und Fahrzeugreparatur . .	49,6	54,4
Elektrotechnische Installation	41,4	44,5
Tischlerei	54,1	53,6
Bäckerei	39,3	36,8
Fleischerei	45,6	41,0
Schneiderei	41,6	45,5
Schuhmacherei	46,6	44,5

Um den Nachwuchs im Gewerbe und den Bedarf an Facharbeitern zu sichern, ist es nach den Berechnungen des Deutschen Ausschusses für technisches Schulwesen (Datsch) erforderlich, daß die Metallindustrie insgesamt auf je 100 Facharbeiter 10 bis 12 Lehrlinge beschäftigt und ausbildet. Der Anteil der Lehrlinge an der Zahl der Gehilfen und Arbeiter beträgt jedoch im Handwerk nicht 10 bis 12 vH, sondern, wie die vorstehende Tabelle zeigt, 45 bis 67 vH. Auch wenn man in Rechnung stellt, daß ein Teil der Handwerkslehrlinge den Handwerksmeister und Betriebsinhaber ersetzen muß, so bleibt der Anteil der Lehrlinge, gemessen an der Gesamtzahl der beschäftigten Personen, noch enorm hoch. Der Hinweis, daß das Handwerk auch einen Teil der Facharbeiter für die Industrie, die Großbetriebe ausbildet, muß, soweit die Metallindustrie in Betracht kommt, als unberechtigt zurückgewiesen werden. Die Großbetriebe in der Metallindustrie bilden genügend Lehrlinge aus und decken ihren Bedarf an Facharbeitern aus eigenen Kräften. Eine ins einzelne gehende Aufstellung über die in den Großbetrieben beschäftigten Facharbeiter und Lehrlinge, über die angelernten und ungelerten Hilfskräfte, würde das beweisen. Vielleicht dehnt das Statistische Reichsamts seine Untersuchungen auch nach dieser Seite hin aus.

Diese Untersuchung würde beweisen, daß wir in den kommenden Jahren nicht mit einem Mangel an Lehrlingen zu rechnen haben — es werden viel-
 zubiel Lehrlinge ausgebildet, vor allem im Handwerk —, sondern mit einem Mangel an jugendlichen Arbeitskräften. Die große Zahl von Lehrlingen, die bisher „ausgebildet“ wurde, fand in der deutschen Wirtschaft kein Unter-
 kommen als Facharbeiter.

Viele Lehrlinge mußten ihr Unterkommen am Schluß der Lehrzeit als angelernte Arbeiter in der Fabrik suchen. Sie erhielten eine un-
 genügende Ausbildung, wurden als jugendliche Arbeiter und Laufburschen

benutzt, ohne den höheren Lohn zu erhalten und sahen sich am Ende um den Erfolg der Lehre betrogen. Dieser Zustand ist auch in den letzten Jahren nicht besser geworden, im Gegenteil, die sogenannte Rationalisierung hat ihn noch verschärft. Der jetzt eintretende Mangel an jugendlichen Arbeitskräften wird zweifellos dazu führen, daß sich die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter bessern. Das kommende Berufsausbildungsgesetz soll die Vorbedingungen schaffen, die einen sicheren Erfolg verbürgen. Wir hoffen, daß es bald im Reichstag beraten und beschlossen wird. Im übrigen aber zeigen die Zahlen, welche große Aufgabe uns bevorsteht. Es gibt rund 350 000 Lehrlinge in der Metallindustrie, die für den DMW gewonnen werden müssen.

Die moderne Technik der Zinkgewinnung

Karl Hermann (Leipzig)

Mit der Verwirklichung des Magdeburger Zinkhüttenprojekts wird in Mitteldeutschland zu den bereits vorhandenen Industriezentren der Chemie und Elektrizitätserzeugung ein neues treten, das an Größe und im Wesen jenen nahekommt. Gestützt auf benachbarte kommunal- und privatwirtschaftliche Unternehmungen will die Bergwerksgesellschaft Giesches Erben dort die Verhüttung von Zinkerzen auf neuester technischer Grundlage und in sehr bedeutendem Umfang vornehmen. Die wirtschaftlichen Bedingungen für ein solches Werk werden dort in zweckmäßiger Weise erfüllt durch eine großzügige Regelung der Transport- und Kraftverhältnisse. Das Gelände liegt an Elbe und Mittellandkanal, so daß die Steinkohle auf dem Wasserweg herangeschafft und in einem neu zu errichtenden Industriehafen auf kurzer Strecke in die Werke transportiert werden kann. Man wird die Steinkohle nicht als einfachen Heizstoff benutzen, sondern als Rohstoff zur Gas erzeugung, die in dem neuen Großgaswerk in einem solchen Maßstabe betrieben werden soll, daß man die Stadt Magdeburg mit dem Leuchtgas beliefern kann, wogegen der abfallende Koks als Brennstoff für die Gasgeneratoren der Zinkhütte dient. Soweit man bei der jede Ausnutzungsmöglichkeit berechnenden Wärmewirtschaft noch eines besonderen Heizstoffes bedarf, wird man auf die in nicht allzu großer Entfernung lagernde Braunkohle und die daraus fabrizierten Briketts zurückgreifen. Ein Zusammenarbeiten mit den Braunkohlengruben wird auch wegen der elektrischen Kraft nötig, sei es Bezug oder Abgabe. Der Magdeburger Zinkhütte wird ein neues Kraftwerk von 135 000 PS an Maschinenleistung angegliedert. Dessen Drehstrom dient für alle Zwecke im Hafen und Hüttenrayon, für die Stadt Magdeburg und in Hochspannungsform für die der „Erag“ gehörigen Fernleitungen durch Anhalt und die Provinz Sachsen bis zum Netz des Pichornewitzer Kraftwerks, das bis jetzt diese Bezirke beliefert. Die Projektierung des Kraftwerks in dieser Größe machte sich nicht allein notwendig wegen des städtischen und des Überlandbedarfs, und auch nicht allein wegen der vielen Lampen und teilweise recht großen Motoren im Industriezentrum, vielmehr soll dadurch die Möglichkeit einer riesigen und deshalb billigen Stromerzeugung gegeben sein, um die neuesten Methoden der elektrischen Zinkgewinnung anwenden zu können. Diese verlangen analog den elektrischen Verfahren zur Aluminiumgewinnung ungeheure Mengen eines sehr billigen Stromes. Genau so wie dort muß auch für die Zinkgewinnung die elektrische Energie als Gleichstrom geliefert werden, und zwar schätzt man den Bedarf der Magdeburger Zinkhütte an Gleichstrom auf 60 000 PS. Der Gesamtbedarf der Hütte an Gleich- und Drehstrom zusammen dürfte sich auf 70 000 PS stellen.

Wie man aus diesen Angaben ersieht, wächst hier ein Werk empor, das wegen seiner hohen wirtschaftlichen Bedeutung und auch in technisch-wissenschaftlicher Beziehung gleichermaßen interessiert. Überhaupt zeigt gerade die Zinkgewinnung in ihrer Praxis, wie eng die technischen mit den wirtschaftlichen Verhältnissen verknüpft sind.

Ähnlich wie bei dem Zinn stammen die ursprünglichen Kenntnisse der Herstellung aus dem fernen Osten, während man in früheren Zeiten in Europa lediglich die direkt aus dem Erz erschmolzene Kupferzinlegierung kannte, das Messing. Von den auch in Deutschland verschiedentlich vorkommenden Lagern erlangten besonders die im westlichen Rheinland und in Oberschlesien Gellung. In dem steinkohlenreichen ober-schlesischen Gebiet wurden zuerst Bleierzze, aber schon seit 1700 vorwiegend Zinkerze gefördert, und diese beiden Montanprodukte, Kohle und Zink, bilden seitdem das wirtschaftliche Fundament der dortigen Gegend. Der kümmerlichen Entwicklung der Naturwissenschaften im Mittelalter ist es zuzuschreiben, wenn man sich mit der Legierung begnügte, ohne auf das reine Zinkmetall selbst zu gelangen. Es sind rund gerechnet 200 Jahre, seitdem man gelernt hat, aus dem Zinkerz das mehr oder minder reine Zinkmetall hüttenmäßig zu fabrizieren.

Die ersten Arbeiten über Zinkgewinnung — damals halb Forschung, halb Kleingewerbe — datieren aus dem Jahre 1721 (Gentel), dann von 1742 (Sofab) und 1746 (Marktgraf). Aus handelspolitischen Überlegungen kam man in England dazu, sich mit der Zinkgewinnung zu beschäftigen (1710, Lawson). Am erfolgreichsten war dort Champian, der zu Beginn der vierziger Jahre bei Bristol eine Zinkhütte bescheidenen Umfangs errichtete. Den gewaltigsten Vorsprung erzielte später die ober-schlesische Zinkhütten-technik, nicht zum wenigsten durch die Erfindung eines Angestellten, des Hüttenmeisters Ruhberg, der um 1800 mit dem von ihm erdachten Schmelzofen den Urtypus der jetzt benutzten Großapparate schuf. Die weiteren Verbesserungen der Aufbereitungsmethoden und Öfen leiteten bald danach die regelrechte Zinkfabrikation ein. Man kann sich eine Vorstellung von dem schließlichen Aufstieg und dem Umfang der Produktion machen, wenn man einige Zahlen betrachtet.

Jahr	Deutsche Zinkerzeugung	Jahr	Deutsche Zinkerzeugung
1800—1820 . .	9285 Tonnen	1905	197 184 Tonnen
1851—1855 . .	189 037 "	1910	227 747 "
1900	155 790 "	1914	236 000 "

In diese wirtschaftliche Entwicklung schlug die unglückselige Teilung Oberschlesiens. Man erkennt jedenfalls aus der Tatsache des früheren jahrzehntelangen Suchens und Probierens, daß es mit der Verhüttung der Zinkerze eine eigentümliche Bewandnis haben mag. Heute freilich beherrscht man wohl alle die Schwierigkeiten, deren erste in der chemischen Zusammensetzung der Zinkerze liegen. Man unterscheidet zwei Hauptarten: Galmei und Blende. Außerdem existieren einige andere zinkhaltige Erzsorten von geringerer Bedeutung. Alle sind natürliche chemische Verbindungen, und zwar besteht der Galmei aus Zink, Sauerstoff und Kohlen säure, die Blende aus Zink und Schwefel. An Metall müßten demnach im Galmei 52 pCt, in der Blende 67 pCt enthalten sein. Aber so hoch kommt der wirkliche Metallgehalt kaum, weil in den Erzen immer Gesteine und Erden, ferner Beimischungen von fremden Metallverbindungen vorhanden sind. In manchen wichtigen Lagern ist der Metallgehalt weit unter den obigen Zahlen.

Doch selbst mit dem theoretischen Zinkgehalt wären die Erze nicht ofenfertig. Sie müssen erst auf besonderen Maschinen stark zerkleinert und dann geröstet werden, damit man unabhängig von der Art den eigentlichen Rohstoff erhält, das Zinkoxyd. Beim Galmei gilt es, die Kohlen säure auszutreiben. Das zerkleinerte Erz wird in Flamm- oder Fortschaufelöfen gebracht, von den einlobernden Flammen direkt erhitzt und dadurch zu Zinkoxyd gebrannt, während das ungefährliche Kohlen säuregas durch den Schornstein entweicht. Viel umständlicher ist die Verarbeitung der Blende wegen

des Schwefels, der beim Rösten zu dem bläulichen, stechend-riechenden und schädlichen Schwefligsäuregas verbrennt. Dieses darf nicht entweichen, sondern muß aufgefangen und unschädlich gemacht werden. Dazu ist die beste Methode die sofortige Weiterverarbeitung dieser Dünste, die sich mit Luftfuerstoff und Wasser in passenden Apparaten zu der technisch vielbenötigten flüssigen Schwefelsäure verbinden. Man gliedert deshalb den Röstanlagen eine Schwefelsäurefabrik an. Anstelle der Flammöfen benutzt man zur Röstung der Blende die Kanallöfen, wo Feuer und Erzschichten getrennt sind. Die älteren Öfen bestehen aus einem länglichen, rechteckigen Mauerwerk mit kanalartigen Hohlräumen, die ähnlich einem Dampfessel durch Unterfeuerung und Oberzüge beheizt werden. Die Erzschichten muß man mit Handkraft aufrühren und fortschüren. Neuerdings bedient man sich der maschinell betätigten Spirletttöfen. Ein solcher ist in seiner Mauerung kreisrund und hat innen fünf beheizte Gewölbeplatten, von denen die zweite und vierte sich langsam drehen, während die anderen feststehen. Das Erz fällt oben in der Mitte ein und bewegt sich durch die Gewölberäume herab. Alles Schwefligsäuregas bleibt in der geschlossenen Apparatur, zieht nach oben ab und wird dort weitergeleitet. Dem Bestreben, die mühsame und gesundheitsgefährliche Handarbeit an den älteren Öfen durch maschinelle Bewegung zu ersetzen, stellten sich sonst erhebliche Schwierigkeiten entgegen, vor allem wegen der relativ hohen Temperaturen, die oben an 600, unten an 900 Grad betragen. Diese Schwierigkeiten dürften durch die Konstruktion des Spirletttöfens überwunden sein. Wir möchten hier einfügen, daß die Ausnützung der Röstgase der Magdeburger Zinkhütte insofern eine Erweiterung des industriellen Umfangs mit sich bringt, als die chemischen Werke Schönebeck a. Elbe die Weiterverarbeitung auf Schwefelsäure in einer neuen Anlage übernehmen.

Auf die Röstung folgt die eigentliche Gewinnung des metallischen Zinks. Der Prozeß hatte von jeher einen höchst eigenartigen, chemisch-technologischen Charakter. In diesen haben die mannigfachen wirtschaftlichen Ereignisse der Kriegszeit so tief eingegriffen, wie man es sonst im Hüttenwesen nicht kennt. Sie bezühen sich nicht allein auf die Raffination und Herstellung von Feingink, sondern vor allem auf die Aufschließung der Erze selbst durch die früher als aussichtslos betrachteten elektrolytischen Verfahren, zuerst auf den amerikanischen Werken. Bei uns wird bisher nach dem ursprünglichen Ofenverfahren gearbeitet. Das Zink wird eigentlich nicht erschmolzen, wie Kupfer und Zinn, sondern aus dem Erz heraus destilliert.

Die dazu dienenden Einrichtungen sind weder Schacht- noch Flammöfen, haben vielmehr eine gewisse Ähnlichkeit mit den Retortenöfen eines Gaswerks. Eine feuerfest ausgekleidete Mauerung mit großem, in Einzelkammern unterteilten Hohlraum enthält eine ziemlich Menge von geschlossenen Schamottegefäßen in wagrechter Anordnung. Die genaue Anzahl solcher Muffeln und ihre Dimensionen richten sich nach den Ofenystemen, von denen man die schlesischen, rheinischen und belgischen unterscheidet. Sie haben sich aus den örtlichen Verhältnissen der Zinkerze und Brennstoffe entwickelt. Wie man heute die Öfen der Gaswerke überall mittels Generatorgas heizt, so werden auch die Muffelöfen der Zinkhütten nur durch Koksgeneratorgas betrieben. Der Muffelofen ist nur der oben sichtbare Teil der Anlage. In dem größeren Unterbau sind die Generatoren mit ihren Feuerungen, Gas- und Luftkanälen nebst Vorheizungseinrichtungen, auch die Kammern für die Ausräumasche. Bei den rheinischen Öfen benutzt man kleinere Muffeln, aber in drei Lagen zusammen 120 bis 240 Stück. Ihre Länge beträgt 1,60 Meter, der ovale lichte Querschnitt in der Höhe 30 Zentimeter. Die Heizgasflammen, die im Hohlraum des Ofens die Muffeln außen bestreichen, erhalten voverhitzte Verbrennungsluft (Rekuperativprinzip). Infolge der Kleinheit der einzelnen Muffeln ist ihre Aufnahmefähigkeit beschränkt: rund $1\frac{1}{2}$ Zentner Material. Die schlesischen Öfen kennzeichnet eine gewisse Größe der Muffeln, die nicht oval, sondern unten mit ebener Auflagefläche versehen und oben halbrund gewölbt sind. Ihre Länge ist bis zu 2 Meter, die lichte Höhe 66, die Breite 20 Zentimeter.

Wegen ihrer Größe ordnet man sie im Ofen nur in einer Etage an, und zwar in einer rechten und linken Reihe mit je 36 Stück. Die Aufnahmefähigkeit jeder Muffel beträgt das Doppelte der rheinischen. Im Gegensatz zu jenen werden die schlesischen Ofen nach dem Regenerativsystem beheizt, wo man auch das Brenngas vorerhitzt.

In die Muffeln wird durch Handarbeit die Beschickung eingebracht, also das aus dem Röstofen kommende kleinstüchtige Erz mit Kohle vermischt. Dann setzt man jede Muffel mit der Vorlage zu. Es ist ein Schamotterrohr von geringerem Durchmesser als die Muffel, entweder konisch oder in der Mitte ausgebaucht. Den Zweck des Ganzen erkennt man, wenn man den Verlauf des Abscheidungsprozesses überblickt. Wie man aus der Werkstattp Praxis weiß, schmilzt das Zink sehr leicht, schon in guter Schwarzwärme bei 420 Grad. Zum Auslösen aus dem Erz genügt aber diese Temperatur keineswegs, denn dazu gehören an 1000 Grad, das heißt Hellrotglut. Man läßt deshalb die Beschickung der Muffel im Prozeß die Hitze von 950 bis 1100 Grad durchlaufen, wobei die Kohle auf das Zinkoxyd einwirkt, sich mit dessen Sauerstoff zu Kohlenoxydgas verbindet und das Zinkmetall freimacht. Da die Temperatur des Prozesses aber weit über dem Schmelzpunkt des Zinks liegt, so tritt der merkwürdige Fall ein, daß das Metall tatsächlich kocht und verdampft. Man erhält in der Muffel kein geschmolzenes, sondern direkt verdampftes Metall. Dieser Metall dampf zieht mit dem Kohlenoxydgas in die Vorlage, kühlt sich auf mäßigerer Hitze ab, wird flüssig und in der Vorlage bei 500 Grad als geschmolzenes Zinkmetall aufgefangen. Durch besondere blecherne Ansätze (Tuten, Ballons) außen an den Vorlagen schlägt man jene Reste des Zinkdampfes nieder, die sich sonst als Zinkstaub mit dem Kohlenoxyd verlieren würden. Zu bestimmten Schichtzeiten schürt man das flüssige Zink aus den Vorlagen in Sieblöffel zusammen, schüttet es in einfache Formen und läßt es zu Kohlezinkblöcken erstarren.

Um eine bessere Beschaffenheit des Metalls zu erreichen, muß man es in einem anderen Arbeitsgang von den Fremdmetallen befreien. Diese Raffination kann entweder durch Umschmelzen oder Umbestillieren erfolgen. In der ursprünglichen Weise schmolz man mehrere Tonnen Rohzink in einem Flammofen nieder und ließ die Fremdmetalle durch Ruhigstehen bei 440 Grad abscheiden. In neuester Zeit aber sind die verschiedenen Methoden der Raffination und Feinzinkherstellung eingeführt worden, die wir wegen ihrer vielen technischen Einzelheiten hier nicht schildern können. Mit ihrer Einführung zusammen fällt auch die der neuesten Retortenöfen, die auf eine ununterbrochene Destillation abzielen und sowohl das Erz-Kohle-Gemisch maschinell zu leiten, wie auch die Ausräumasche automatisch entleeren.

Eine klare Linie der technischen Entwicklung gibt sich erst im allerjüngsten Stadium zu erkennen durch die Anwendung der elektrolytischen Methoden, bei denen die Destillieröfen entbehrlich werden. Im Prinzip ist es also eine kolossale Vereinfachung, aber alle bisher erdachten Verfahren haben praktisch gewisse Umständlichkeiten an sich wegen der erforderlichen chemischen Vorkehrungen. Der Zinkgehalt der gesamten Kohlenstoffmengen muß nämlich durch Wasser und chemische Stoffe gelöst werden. Vor Jahren versuchte man es, indem man die Erze mit Kochsalz röstete, um Chlorzinkflüssigkeit zu erhalten. Jetzt bedient man sich der bekannten Erscheinung, daß Zink sich in verdünnter Schwefelsäure löst und bringt die Massen des zerkleinerten, gerösteten Erzes in besondere Apparate, worin man sie mit wässriger Schwefelsäure auslaugt. Da aber die Schwefelsäure auch Fremdmetalle löst, so gilt es, zunächst die Kohlenlaugen durch besondere chemische Manipulationen zu reinigen. Eisen, Kupfer, Blei, Arsen, Cadmium und Antimon werden der Reihe nach entfernt und die Reinlaugen dann in die Elektrolyseapparate geleitet. Es sind Voltische mit eingehängten Tafeln von Blei, durch die der elektrische Gleichstrom eintritt (Anoden), die Reinlauge (Elektrolyt) durchstreicht und in rotierenden Scheiben von Elektrolytzink oder Aluminium wieder austritt (Kathoden). Auf diesen scheidet sich infolge der chemischen

Spaltungsarbeit des Stroms das Zinkmetall in sehr reiner Form ab. Nach genügender Ansammlung hebt man die Kathoden heraus und transportiert sie in Flammöfen zum Einschmelzen. Der Energiebedarf pro Tonne Zink von 99,5 vS Reinmetallgehalt stellt sich auf 3500 bis 4000 Kilowattstunden an Gleichstrom.

Buchbesprechung

Jugend in Not. Von Dr. phil. Miriam van Waters, Jugendrichterin am Jugendgericht von Los Angeles, Kalifornien. Ins Deutsche übertragen von Dr. jur. Hans Weiß, Zürich, zurzeit Jugendfürsorger in Boston (Mass. USA). Mit einem Vorwort von Dr. Alice Salomon. Berlin 1929. Carl Heymanns Verlag, VIII, 210 S. Preis 6 Mk.

Das von uns in dieser Zeitschrift aufgerollte Problem der psychischen Hygiene wird besonders in den Vereinigten Staaten in großzügiger Weise ausgestaltet. Das vorliegende Buch schildert den Teil der Bewegung, der die psychische Prophylaxe der Jugendlichen zum Ausgangspunkt hat. Insbesondere wird das Problem des jugendlichen Rechtsbrechers behandelt. Der ganze Inhalt ist amerikanischen Verhältnissen angeeignet, die uns zum Teil fremd sind. Aber abgesehen von dem Mut, den die Verfasserin hin und wieder an den Tag legt in der Kritik der amerikanischen kapitalistischen Gesellschaft (und es gehört Mut dazu in der amerikanischen „Demokratie“), gibt sie auch uns Fingerzeige für die Bekämpfung der Jugendnot. „Es handelt sich für Miriam van Waters nicht um das Recht der Gesellschaft, sich gegen undisziplinierte und asoziale Personen zu schützen, sondern um das Recht der undisziplinierten und asozialen Menschen, so beeinflusst zu werden, daß sie diszipliniert und sozial wertvoll werden“, schreibt Alice Salomon im Vorwort zu der deutschen Übersetzung. Diese Aufgabe ist schwierig, aber keineswegs entmutigend, wie uns die Verfasserin im Verlaufe des Buches zeigt. „Zweifellos werden unsere Nachkommen im Rückblick auf die Möté der Menschheit neben Krieg, Sklaverei und Armut am tiefsten erschüttert werden von der Art, wie wir jene Menschen behandelten, die unseren sozialen Normen nicht zustimmten oder sich ihnen nicht ganz einfügen konnten und mit einem Verhalten antworteten, das wir Wahnsinn oder Verbrechen nannten“, sagt unter anderm die Verfasserin bei der Betrachtung des Problems der psychischen Hygiene. Aber vorläufig sündigen die Erwachsenen noch in ihrer Profitgier an den Kindern. Diese Sünden aufzudecken und vor ihren Folgen zu warnen, ist die wichtigste Aufgabe, die die Verfasserin sich gestellt hat. Wenn sie trotz ihrer Kritik der kapitalistischen Gesellschaft die Rettung durch den Sozialismus nicht scharf genug ausprägt, geht aus ihren Ausführungen doch klar hervor, daß es keine andere Lösung gibt. So endet sie ihr Buch mit folgendem Satz: „Wenn die Gesellschaft der Erwachsenen von der Überschätzung vorübergehender wirtschaftlicher Vorteile und vom Streben nach Macht wieder zu ihrem ursprünglichen biologischen Lebensziel — gesundem Nachwuchs — zurückkehrt, dann wird auch das Problem der Verwahrlosung und des jugendlichen Rechtsbrechens nicht mehr unlösbar sein. Entscheidend ist also die Einstellung der Erwachsenen zum Leben.“ Wir konnten leider, so lohnend es auch gewesen wäre, bei dem beschränkten Raum nicht auf alle erwähnenswerten Einzelheiten des näheren eingehen, betonen jedoch, daß das ganze Buch eine Fülle von Anregungen enthält, die es für jede Arbeiterbibliothek geeignet macht. Zu empfehlen ist das Buch insbesondere denjenigen, die sich über die ganze Problematik der sozialen Fürsorge Klarheit verschaffen wollen. Denn erst aus den Watersschen Ausführungen ist zu ersehen, wie kompliziert das Problem ist, das jetzt erfreulicherweise mehr und mehr Eingang in die Gedankenwelt der Arbeiterklasse findet und die Beschäftigung mit diesem Problem aufhört, Monopol der Bürgerlichen zu sein.

M. A n t o r o w i c z.